

# Vorwärts

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: halbjährlich 2.70 M., monatlich 1.10 M., vierteljährlich 1.35 M., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postgebühren: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgrößte Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Erklärungen und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Wort 20 Pf. (unabhängig 2 fertige Wörter), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Ercheint täglich.

## Berliner Volksblatt.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 22. Juli 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die vierte Finanzreform.

Als vor zwölf Tagen (in der Nummer vom 9. Juli) der „Vorwärts“ neue Steuern ankündigte, fühlten sich die halb-offiziösen „Berl. Vol. Nachr.“ veranlaßt, diese Nachricht nach dem bekanntesten abgenutzten Schema zu dementieren. Von neuen Steuervorlagen, so hieß es, sei an den betreffenden Regierungsstellen noch nichts bekannt, zudem sei aber auch für eine planmäßige Ausarbeitung solcher Vorlagen gar kein Anlaß vorhanden, da an Neuauflagen für Armer und Marine „überhaupt nicht gedacht“ werde. Wir haben dem zur Ablagerung anrückiger Regierungsnotizen bestimmten Organ damals sofort entgegnet, daß nach den bisherigen Erfahrungen seine Versicherung selbst dann keinen Glauben verdiene, wenn sie im amtlichen Teil des Kanzlerblattes gestanden hätte, daß aber das alberne Geschreibsel eines Propagandas von der Qualität der „Berl. Vol. Nachr.“ für die offiziell keine Behörde die geringste Verantwortung trage, erst recht keinen Anspruch auf Beachtung machen könne.

Unser auf langer Erfahrung beruhende Einschätzung der Glaubwürdigkeit dieser dufenden Nachrichtenablageungsstätte hat sich denn auch wieder als durchaus richtig erwiesen. Raum sind acht Tage seit dem Dementi der „Berl. Vol. Nachr.“ vergangen, und kein ernsthaftes Blatt bestrittet mehr, daß schon wieder eine neue Reichsfinanzreform fällig ist — strittig ist nur noch die Frage, wie viel eine hohe Regierung zu fordern gedent und wie die gewünschte Summe aufgebracht werden soll.

Was soll auch die Regierung in ihrer gottgegebenen Abhängigkeit vom preußischen Junkertum anders machen? Die großen nationalen Baalopfer Heer und Flotte verlangen nach neuen Opfern, und doch reichen die Reichseinnahmen nicht hin, um auch nur die bereits bewilligten Ausgaben zu decken. Der Wehrbeitrag beträgt infolge des speziell zugunsten der Großagrarier eingeschobenen § 17, der bei der Berechnung der Wehrsteuer von Grundstücken nicht den Realwert, sondern den sogenannten Ertragswert zugrunde legt, und der gesonderten Vermögensveranlagung der Kinder für Preußen nur 603 Millionen Mark und wird aller Voraussicht nach für ganz Deutschland kaum 1000 Millionen Mark übersteigen. Da aber der Gesamtbeitrag fast allgemein auf 1200 Millionen, vielfach sogar auf 1300 und 1400 Millionen Mark geschätzt worden ist, so hat sich der Reichstag bei der Finanzierung des Bedarfs für die vorjährige Militärvorlage verleiten lassen, Ausgaben in der Höhe von ungefähr 1200 Millionen Mark auf die Wehrsteuer anzuweisen. Es fehlen demnach 200 Millionen Mark, die irgendwie und irgendwo beschafft werden müssen. Zudem aber kann man mit größter Sicherheit darauf rechnen, daß die nicht gerade an übergroßer Sparsamkeit krankende Militärverwaltung fast nirgends mit den bewilligten Summen auskommen wird. Gehört es schon zu den schönen berechtigten Eigentümlichkeiten unserer Zivilverwaltung, daß sie bei Neueinrichtungen die bewilligten Summen erheblich überschreiten, so hat sich auf dem Gebiet des Militärwesens solches Ueberschreiten der Voranschläge fast zur Virtuosität entwickelt. Daß sich demnach noch allerlei Nachforderungen einstellen werden, ist als sicher anzunehmen.

Aber so billig kommt der deutsche Steuerzahler nicht davon. Nachdem im vorigen Jahr dem Militärmoloch enorme Geldopfer dargebracht worden sind, verlangt die Flotte, daß auch ihr, damit die Parität gewahrt bleibe, neue Millionen summen bewilligt werden. Die Marineverwaltung hat entdeckt, daß es zum Schutze der bedrohten deutschen Seeinteressen absolut nötig ist, sogenannte „fliegende Geschwader“ zu formieren. Sie fordert deshalb vorläufig neue Marine mannschaften für, wie verlautet, sechs große und acht oder zehn kleine Kreuzer. Die dazu erforderlichen Summen sollen, wie der „Deutsche Kurier“ zu melden wußte, mit in den neuen Marineetat für 1915 eingestellt werden — eine recht seltsame Meldung, denn die Bestimmungen des Flottengesetzes regeln nicht nur die Kielstreichungen usw. der Schiffe, sondern schreiben auch die Termine und den Umfang der Mannschaf tsvermehrungen vor, hält also das Marineministerium eine nicht im Flottengesetz enthaltene Mannschaf tsvermehrung für nötig, hat es zunächst zu veranlassen, daß dem Reichstag eine neue Novelle zum Flottengesetz vorgelegt wird. Eine einfache Einstellungs der Summen für die geforderte Erhöhung der Mannschaf tsbestände ist gesetzlich unzulässig — auch wenn der größte Teil der Konservativen, Zentrumspar teiler und der Nationalliberalen in seiner zunehmenden politischen Korruption geneigt sein sollte, sich auf solche Praktiken einzulassen.

Ferner findet das Marineministerium, daß die schwere Artillerie der großen Linienschiffe und Panzerkreuzer nicht mehr dem Anspruch der modernen Technik genügt und unbedingt, soll nicht die deutsche Flotte ein wertloses Rüstungs instrument werden, die bisherigen 30,5-Zentimeter-Geschütze durch 38-Zentimeter-Geschütze ersetzt werden müssen. Vielleicht hat man im Marineministerium auch noch allerhand andere „sehr dringende“ Forderungen für den nächsten Winter in Bereitschaft, buldiat es doch in bezug auf den Flottenbau seit langem dem Grundsatz: „Nur die Pumpe sind beschneiden!“

Auch der Kriegsminister möchte, soweit es das Fördern

anbelangt, nicht ganz zurückbleiben. Muß die immer wieder von den Herren Generalen und Politikern wie Freiherrn von Ketzlich und Neukirch erhobene vaterländische Forderung der strikten Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht, das heißt der Heranziehung aller irgend dienstfähigen zum Seeres dienste, auch vorläufig noch etwas zurückgestellt werden, so ist doch eine bessere Sicherung der Westgrenzen gegen Frankreich, also der Ausbau der dortigen Befestigungen, ein „dringendes Bedürfnis“, zumal nach militärischer Logik die Vorfälle in Zabern erwiesen haben, daß im Kriegsfall auf die elsaß-lothringische Bevölkerung wenig Verlaß ist.

Eine Reihe recht netter Forderungen, von denen man in den betreffenden Ressorts nur noch nicht recht weiß, ob man im nächsten Winter gleich im ganzen Umfang mit ihnen herausrücken soll, oder ob man nicht einen kleineren Teil davon noch etwas zurückzieht. Und zu diesen Hauptforderungen kommen noch einige andere Kleinigkeiten, als da sind Besoldungserhöhungen, Aufbesserung der Altpensionäre, Veteranenfürsorge usw. So einige hundert Millionen Mark sind also nötig — vielleicht nicht viel weniger als bei der Reichsfinanzreform im Jahre 1908/09, bei der bekanntlich die Regierung die bescheidene Summe von 500 Millionen Mark verlangte.

Wie die Finanzen so mancher schlechtverwalteten saulen Aktiengründungen müssen eben auch die Finanzen des Deutschen Reiches alle paar Jahre „sanieren“ werden — freilich noch häufiger, als selbst bei der traurigsten Aktiengesellschaft — aber diese fortwährenden „Finanzreformen“ gehören nun mal zu dem Wesen unter vaterländischen Finanzwirtschaft. Solange für sie die Wünsche und Befehle des agrarisch-militaristischen Junkertums entscheidend sind, wird sie immer wieder zu gleichen schönen Defiziten kommen, mag der leitende Kommissar, der an der Spitze des Reichsschatz amtes steht, Stengel, Sydow oder Kühn heißen. Im Jahre 1905/06 war die hohe Regierung noch bescheiden. Sie verlangte zur „Sanierung“ der zerrütteten Finanzen nur eine jährliche Steuererhöhung von 200 Millionen Mark, ließ aber dann mit sich handeln und begnügte sich mit nominell 187 Millionen. Bei der zweiten Finanzreform in den Jahren 1908/09 forderte die Regierung gleich eine jährliche Steuervermehrung von 500 Millionen Mark und erhielt, wenn man die Beibehaltung der Zuder- und Zigarettensteuer mit hinzurechnet, etwa 450

Millionen Mark. Im vorigen Jahre erlangte sie eine einmalige Abgabe von 1000 Millionen Mark, eine volle Milliarde, sowie ungefähr 100 Millionen Mark jährlicher Steuern. Und jetzt — nur ein Jahr später — wird aller Voraussicht nach wieder so eine kleine halbe Milliarde verlangt werden. — So geht es zu Ehren des glorreichen Militarismus immer tiefer hinein in den vaterländischen Sumpf!

Doch auch andere Staaten haben in den letzten Jahren dem Militarismus manche Opfer gebracht — was die deutsche Finanzpolitik von allen anderen unterscheidet, ist die Tatsache, daß die Kasse, die vor allem in Deutschland zu den fortgesetzten Rüstungen treibt, die alle höheren militärischen Posten mit ihren Mitgliedern besetzt und in deren Interesse hauptsächlich die ganze Finanzwirtschaft betrieben wird, zu den Finanzreformen fast nichts beiträgt, obgleich ihr alljährlich durch die deutsche Zollpolitik auf Kosten der Arbeiterklasse Hunderte von Millionen Mark in die Tasche fließen. Die Kosten der Finanzreform im Jahre 1908 wurden vornehmlich durch die Zigarettensteuer, die Erhöhung der Frau- und Zigarettensteuer, die Lantiensteuer und eine Portonerhöhung aufgebracht. Bei der Finanzreform von 1909 mußten wieder Steuererhöhungen auf Bier, Tabak, Branntwein, Kasse, Tee sowie verschiedene Stempelgebühren den Hauptertrag liefern. Ebenso haben die Junker sich bei der Wehrsteuer möglichst gedrückt und in das Gesetz Bestimmungen hineingebracht, die ihnen ermöglichten, die Hauptlast dem mobilen Kapital aufzubürden. Und bei der bevorstehenden vierten Finanzreform beabsichtigen sie jetzt nicht nur, gar nichts zu zahlen, sondern sich sogar für ihre geringe Wehrsteuer zum Wehrbeitrag eine doppelte Entschädigung auszubedingen; denn aufgebracht werden sollen die Mittel für die neue „Sanierung“ durch die Einführung des Zigaretten- und Branntweinmonopols — natürlich eines Branntweinmonopols, das so eingerichtet ist, daß die Herren Junker für ihren Spiritus recht schöne Profite erholten. Also eine Reform zur Sanierung der Reichsfinanzen und zugleich zur Fällung des Geldbeutelns notleidender junkerlicher Spiritusproduzenten. Eine feine Idee!

## Die Aussperrung der Tuchmacher und die Berliner Konfektion.

Was schon bei der Androhung der Aussperrung in der Niederlaufiger Tuchindustrie gesagt wurde, nämlich, daß die Konfektionsindustrie, insbesondere die in Berlin, sehr geschädigt werden würde, das wird jetzt von den dort Geschädigten selbst zugegeben. Weiter aber wird von dort berichtet, daß die Unternehmer sich den denkbar ungünstigsten Zeitpunkt für die Attake auf ihre Arbeiter ausgelucht haben. Der „Konfektionär“ veröffentlicht in seiner Sonntagsnummer vom 19. Juli 1914 eine Rundfrageantwort, die ihm von maßgebenden Berliner Konfektionsfirmen zugegangen ist. Es war gefragt worden, inwieweit eine Generalaussperrung in den Laufiger Tuchfabriken das Geschäft der Konfektionsindustrie beeinflussen würde. Darauf wurde folgendes geantwortet:

Firma Gebr. Heller u. Horwitz:

„Sollte die Aussperrung nur kurze Zeit anhalten, so wird sich die Konfektion mit Ersatz aus anderen Fabriklagen wie W. Gladbach, Grünberg, Reumünster helfen müssen. Allerdings würde dann die so wie so schon in gewissen Artikeln vorherrschende Knappheit an Waren noch wesentlich verstärkt werden. Ein längerer Streik (doch wohl Streik der Fabrikanten, denn die 80 000 Arbeiter streiken doch nicht, D. V.) wird zweifelsohne sehr störend wirken, da die Reifeordner nicht genau effektiviert werden könnten und speziell in billigen Umartikeln und sortierten Stoppelfachen großer Mangel eintreten würde. Die Großfilzenlager, welche an sich schon nicht groß sind, werden dann gewiß sehr bald geräumt sein.“

Herr S. Brunn, i. Fa. Joelsohn u. Brunn, schreibt:

„Es kann überhaupt nur eine Meinung darüber herrschen, daß ein Streik (Streik der Tuchfabrikanten gegenüber der Konfektionsindustrie, D. V.), wie er hier geplant wird, sehr fatal wirken und eine starke Depression auslösen muß. Bei allen Interessentengruppen würden sich mannigfache Störungen ergeben, da nichts geliefert werden kann und direkte sowie indirekte Nachteile sich ergeben würden. Gerade zur jetzigen Zeit, wo überall geliefert werden muß, ist jede Demmung des regulären Geschäftsganges geflissentlich zu vermeiden, und es ist daher zu hoffen, daß recht bald ein Ausweg zur gütlichen Verständigung gefunden werden möge.“

Herr Leopold Sommerfeld, i. Fa. Heinrich Sommerfeld, sagt:

Die Folgen eines Streiks (der Tuchfabrikanten D. V.) werden sich natürlich sehr unangenehm bemerkbar machen. Die Lieferungen in Winterware würden erschwert werden, andererseits sind die Fabrikanten, besonders für billige Qualitäten noch nicht mit ihren Sommerkonfektionen heraus, so daß sie bei einem etwaigen Streik nicht rechtzeitig mit Offerten herauskommen könnten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Schaden sehr beträchtlich sein wird. Eine Warenknappheit würde sich schnell fühlbar machen; dies gilt namentlich von billigen Qualitäten, wie

sie speziell die Konfektion bezieht. Für uns Großfilzen würde sich eine mißliche Lage ergeben. Wir könnten die in unseren Händen befindlichen Orders nicht effektivieren, so daß uns große Nachteile erwachsen würden. Bei dem heutigen, ohnedies schon schweren Geschäft, wo jede Störung des Geschäftes geslissentlich vermieden werden muß, ist es gar sehr zu wünschen, daß der Friede recht bald wieder hergestellt wird.“

Herr Leopold Domnauer berichtet:

„Selbstverständlich würde ein Streik außerordentlich störende Konsequenzen für die Branche ergeben. Einmal haben die Fabrikanten die Winterware noch nicht ausgeliefert, andererseits würden die jetzt beim Publikum befindlichen Konfektionen nicht fertiggestellt werden können. Sollte ein Streik (Aussperrung) es, D. V.) wochenlang währen, dürfte sich die Situation unbedingt überaus schwierig gestalten. Ein Ersatz für Laufiger Fabrikate wird sich nur schwer finden lassen. Das gilt namentlich speziell von Kostums, wo ausgeprochene Robeautés erzeugt werden. Kammergarne könnten eventuell in Kachen ersetzt werden, was indessen immerhin zweifelhaft bleibt, denn dieser Fach ist zurzeit so volleschäftigt, wie seit Jahren nicht mehr, zumal zahlreiche amerikanische Orders vorliegen, so daß die Kachener Fabrikanten kaum in der Lage sind, neue Orders aufzunehmen.“

Aus den Kreisen der Herrenkonfektion schreibt man dem „Konfektionär“:

„Die Wirkungen der bevorstehenden (jezt eingetretenen D. V.) Generalaussperrung in den Laufiger Tuchfabriken dürften für die Herrenkonfektions- und die gesamte Tuchbranche sehr fühlbar sein. Nach sind große Rückstände in den bestellten Winterstoffen aus den Laufiger Fabriklagen abzuliefern. Wenn es nicht möglich ist, diese Orders in 3 bis 4 Wochen zu liefern, dürfte die Notwendigkeit der Annulierung dieser Aufträge eintreten. Besonders schwer würde durch den Ausstand (Aussperrung, bitte, D. V.) in den Laufiger Fabriken die Herren- und Anabenkonfektionsbranche leiden. August-September sind diejenigen Monate, in denen die Großfilzen ihre auf der Reise aufgenommenen Orders an die Detailfilzen abzuliefern pflegen. Auch ein Stillstehen der Tuchfabriken von nur zwei bis drei Wochen würde unheilvolle Folgen für die Fertigstellung der Winteraufträge nach sich ziehen. Jeder Kunde in der Herren- und Anabenkonfektion erhält von seinem Großfilzen sofort bei der Aufgabe Konfirmation. Genau nach diesen Proben muß geliefert werden. Ein Ersatz von Stoffen, die vielleicht aus anderen Fabriklagen geliefert werden könnten, ist fast unmöglich, da es schwierig ist, die Stoffentres, Farben, zumal bei der jetzigen Pelangenmode, in so kurzer Zeit zu kopieren. Stödt die Lieferung der Stoffe, dann wird so manche Order der Detailleure nur zum Teil erledigt werden können. Ob nachher die Abnahme der Rückstände erfolgen wird, läßt sich noch nicht erkennen. Setzt die Winterjaison sofort Mitte



September fließt ein, dann wird erst recht der Mangel an Stoffen fühlbar werden, da bei der Eigenart der rasch wechselnden Mode nirgends große Lagerbestände vorhanden sind. Gerade die Hauptartikel für den Winter, Altkleid- und Marenko-Paletot-Stoffe in mittleren und besseren Preislagen werden ja in der Lauffabrik gefertigt. Eine Richtlinie, die in allen Interessenten der Konfektion große Verluste bringen."

Da haben ja die Niederläufiger Tuchfabrikanten mit ihrer Aussperrung arg ins Frettnäpchen geirrt. Nach diesen Berichten liegen die Verhältnisse für die Großhändler und Konfektionäre weit ungünstiger, als wir angenommen hatten. Selbst bei kurzer Dauer der Aussperrung muß die Konfektion in M.-Gladbach, Geirberg, Reumünster Geis suchen, was soll da erst werden, wenn die Aussperrung Monate dauern. Daß dies zum Untergang vieler kleiner Unternehmer führen muß, liegt auf der flachen Hand. Denn der Unternehmerverband schädigt doch nur einen Teil des entgangenen Gewinnes während der Dauer der Aussperrung. Wenn aber die Aussperrung länger dauert und vor allem, wenn der Unternehmerverband nicht die beruhigende Versicherung abgibt, seine die Konfektion so schwer beunruhigende Aussperrungsaktion vollständig an den Nagel zu hängen, dann werden die Verluste, die nach der Aussperrung eintreten und die dann vom Unternehmerverband nicht mehr ersetzt werden, ganz enorm sein. Denn die Konfektionäre und Tuchhändler, die vertraglich keinerlei Regrehanprüche an die Tuchfabrikanten haben, können sich unmöglich an Lieferantensünden binden, die sie, weil jene Proben ihres Nachhülfels den Arbeitern gegenüber ablegen wollen, gerade dann im Stiche lassen, wo die Stoffe dringend gebraucht werden. Und die Konfektionäre spahen da nicht; es hat die Aussperrung der sächsisch-thüringischen Färbereibetriebe im Winter 1912 gezeigt. Damals haben die Webereien großen Schaden gehabt, weil die Konfektionäre sich mit ihren Aufträgen in andere Gegenden wandten. In den sächsisch-thüringischen Webereien, wo man früher genau so wie jetzt in der Niederlausitz sofort mit der Androhung der Aussperrung bei der Hand war, hat der Unternehmerverband nicht nur ein Haar, sondern diese in der Suppe entdeckt, die er sich mit diesen Drohungen einbrochte. Denn schon die Androhung der Aussperrung bringt Schaden. Es tritt sofort eine Stodung im Zufluß der Aufträge ein. Der einmal durch das Feuer der Aussperrung gebrannte Abnehmer der Waren scheut dieses Feuer. Er disponiert sofort anders und überweist die Aufträge den Betrieben, wo eine solche Störung nicht zu erwarten ist. Die Niederläufiger Fabrikantenorganisation ist jämmerlich beraten gewesen, als sie den Beschluß faßte, wegen einer Lohnsdifferenz von wdhentlich 200 M. die ganze Industrie so ungeheuer zu schädigen. Wenn eine Arbeiterorganisation so unüberlegt operieren würde, wie hier die Unternehmerorganisation, dann würde ihre Leitung sicher zum Teufel geflogt werden. Eine so hochqualifizierte Industrie, wie die Tuchindustrie, mit ihren der Mode und der Saison unterworfenen Existenzbedingungen, bei der aus den oben angeführten Gründen die Warenabnehmer mit dem Warenbesitz immer von der Hand in den Mund leben, ist für die Aussperrungsaktion der Scharfmacher das alleruntauglichste Objekt, was sich nur denken läßt. Das haben die wenigen Tage schon gezeigt. Trotz allen Dementierens ist es richtig, daß zwischen den Unternehmen in den einzelnen Orten tiefergehende Differenzen bestehen. Aus der bürgerlichen Presse geht hervor, daß Uneinigkeit unter den Unternehmern besteht. Schon verbreitet man die Mitteilungen, daß Austritte aus dem Unternehmerverband erfolgt seien. Soweit wir informiert sind, eilen diese Mitteilungen den Tatsachen noch voraus. Richtig ist, daß es in allen, von der Aussperrung betroffenen Orten Unternehmern gibt, die, wenn der Arbeitgeberverband nicht bald zur Beruhigung schreitet, die Konventionalkräfte springen lassen und aus dem Unternehmerverband austritten werden, denn sie sehen ein, daß dies das kleinste Übel ist. Die Dinge liegen nach unseren Informationen so, daß entweder bald eine Einigung erfolgen muß, oder der Unternehmerverband einen argen Stoß erleidet.

Von den Arbeitern wird jetzt fieberhaft gearbeitet, um die Reihen der Organisation lückenlos zu schließen.

**Kottbus, 21. Juli.** Privattelegramm des „Vorwärts“. Die große Firma Kothwig in Finsterwalde hat am Dienstag einen erheblichen Teil der Arbeiter wieder eingestellt.

## Politische Uebersicht.

### Das kommende Zigarettenmonopol.

Daß an neuen Steuerplänen gearbeitet wird, trägt niemand mehr zu bestreiten; und man weiß auch schon, daß im Mittelpunkt dieser Pläne ein Reichs-Zigarettenmonopol stehen wird. Die „Tägl. Rundschau“ ist sogar bereits in der Lage, genauere Angaben über die Ausgestaltung dieses Monopols zu machen, wobei allerdings dahingestellt bleiben muß, ob die Angaben in allen Punkten den Inhalt des Borentwurfs treffen. Im September sollen nach den Mitteilungen des Blattes die endgültigen Entscheidungen fallen.

Nach der „Tägl. Rundschau“ ist das Zigarettenmonopol als Fabrikationsmonopol, mit einem damit verbundenen freien Verkaufsmonopol, gedacht. Das Reich soll sämtliche größeren und kleineren Fabriken in eigenen Betrieben übernehmen. Die Vertabshaltung soll auf einen bestimmten Berechnungsschlüssel aufgebaut sein. Die größeren Fabriken sollen weiter betrieben, die kleineren stillgelegt werden. Das Reich tritt künftighin als Tabakkäufer auf dem Weltmarkt auf, doch sollen die bisherigen Großhändler an den Lieferungen beteiligt bleiben. Die Leiter und Angestellten der staatlichen Tabakfabriken sollen nicht den Charakter als Staatsbeamte erhalten, sondern zu dem Staate nur in ein vertragliches Verhältnis treten. Der Staat soll seine Fabriken zu fest bestimmten Preisen an die Zwischenhändler liefern und diese sollen die Verkaufsgeschäfte versorgen. Außerdem denkt man an die Errichtung von großen Niederlagern in den größeren Städten. Sollte das Zigarettenmonopol kommen, so ist auch ein Sperrgesetz zu erwarten, das bestimmt, daß die Zigarettenfabrikation von einem gewissen Zeitpunkt ab für Rechnung des Reiches zu erfolgen habe, und das die Errichtung neuer Zigarettenfabriken verbietet. Die Herstellung von Blech- und Kartonverpackungen, lithographischen Arbeiten, Zigarettenpapier u. ä. m. soll auch fernerhin der Privatindustrie überlassen bleiben.

Die Ablösungsumme wird auf 500 Millionen Mark geschätzt, die im Wege einer Anleihe aufzubringen wären. Der Ertrag des Monopols wird auf 100 bis 120 Millionen jährlich angenommen. Die Zigarettenbanderolensteuer käme in Begfall. Die ausländischen Zigaretten, die jetzt für den Doppelzentner mit 1000 M. ver-

zollt werden, würden künftighin eine erheblich stärkere Zollbelastung zu tragen haben, damit die Produktion des Reiches wirksam geschützt wird.

Das wäre alles in allem ein Monopol, wie es den Zigarettenfabrikanten, besonders den großen, wohl gefallen könnte. Ihre Stellung ist, besonders infolge des starken Vordringens des Truffs, keineswegs sehr glänzend. Sie würden wohl mit Vergnügen bereit sein, ihre Unternehmungen gegen die 500 Millionen Abfindungssumme einzutauschen, zumal wenn ihnen außer noch durch das Sperrgesetz allerlei Vorteile zugewandt werden. Um so drückender erscheint dieser Monopolplan vom Standpunkt der Konsumenten. Er müßte eine gewaltige neue Belastung der Zigaretten bringen, um die gewünschten Erträgnisse zu liefern. Dabei kann noch die Frage aufgeworfen werden, ob die Zahlen, die hier in der „Tägl. Rundschau“ gegeben werden, nicht zu niedrig sind; aber der Geldbedarf des Reiches ist — man vergleiche darüber die Ausführungen des heutigen Leitartikels — sehr erheblich und die Reaktionsäre wählen ebendrei unausgesetzt, um die Vermögenszuwachssteuer loszuwerden und die aus ihr vorgezeichneten Erträgnisse durch andere Einkünfte des Reiches zu ersetzen. Eben wieder jammern die „Hamburger Nachrichten“ in einem Leitartikel über die Belastung von Handel und Gewerbe durch diese jüngst beschlossene, aber noch gar nicht in Kraft getretene Vermögenssteuer, und Herr v. Jedlich hat es in einem Leitartikel der „Post“ geradezu als die „deutsche Mission Preußens“ bezeichnet, dafür zu sorgen, daß die Vermögenszuwachssteuer beseitigt wird. Er nennt auch klar und deutlich Reichsmonopole als Ersatz. Aber mit oder ohne Beseitigung der Vermögenszuwachssteuer: die 100—120 Millionen, die in der „Tägl. Rundschau“ als Ertrag des geplanten Monopols angegeben werden, würden den Bedarf nicht decken. Man muß damit rechnen, daß aus dem Zigarettenkonsum noch größere Abgaben herausgepreßt werden sollen, oder daß neben das Zigarettenmonopol andere Monopole gestellt werden — vielleicht auch beides. In jedem Falle wartet der breiten Massen eine neue Schröpfung, während die heutigen Machthaber sich ins Häuschen lachen.

### Deutschland in der Welt voran!

Schon hört man die Prästudien der neuen Flottenvorlage. Die Vorkämpfer des Militarismus und Marinismus sind eifrig um den Nachweis bemüht, daß Deutschland ungerüstet und gegenüber den bösen Feinden zur linken und zur rechten wehrlos ist.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages hat der Marine-Staatssekretär von Tirpitz die überraschende Mitteilung gemacht, daß in den letzten fünf Jahren von Frankreich für 134 Millionen Mark, von England für 276 Millionen Mark, von Rußland für 302 Millionen Mark und von Deutschland für nur 55 Millionen Mark Mehraufwendungen für die Flotte gemacht worden sind.

Diese fein aufgemachte Statistik entspricht vollkommen den Tatsachen und ist dennoch falsch. Sie ist falsch, weil sie trotz Anwendung richtiger Zahlen ein ganz entstelltes Bild von der Entwicklung der deutschen Flotte gibt.

Die Aufwendungen Deutschlands für die Marine stiegen von 1905 bis 1914 von 231,5 Millionen Mark um 244,4 Millionen Mark oder 106 Proz. auf 475,9 Millionen Mark, die Englands von 676,3 Millionen Mark um 385,3 Millionen Mark oder 57 Proz. auf 1061,6 Millionen Mark. Das ist etwas wesentlich anderes, als die Behauptung des Staatssekretärs, der zu seiner Statistik nur dadurch gekommen ist, daß er die Erhöhung der deutschen Marineausgaben von 1905 bis 1909 geflissentlich übergegangen hat. In diesem Jahr stiegen die Kosten der Marine in Deutschland aber um 188,2 Millionen Mark oder um 81 Proz., in England dagegen nur um 952,7 Millionen Mark oder um 7,8 Prozent. Wollte Großbritannien gegen Deutschland nicht ins Hintertreffen geraten, so mußte es Deutschland folgen.

Dabei ist eine sehr wesentliche Verschiedenheit in der Aufstellung des Etats zu berücksichtigen. In England werden die Pensionen unter dem Titel „Marineetat“ geführt, in Deutschland aber unter dem Titel „allgemeiner Pensionsfonds“. Zieht man, um die Aufwendungen Englands für die Marine mit denen Deutschlands zu vergleichen, die Pensionen von den Ausgaben Englands für seine Flotte ab, so verringern sie sich um 61,4 Millionen Mark auf 990,2 Millionen Mark. Noch ein wesentlicher Unterschied ist zu beachten: England hat Berufsjuden, Deutschland Zwangsjuden. England muß daher mehr Röhnung zahlen als Deutschland. Der Mannschaftsstand der deutschen Marine beträgt 1914 79 386 Mann, die 51,7 Millionen Mark Röhnung erhalten, der der englischen Marine 151 368 Mann, die 180 Millionen Mark Röhnung erhalten. Die Differenz zwischen den Lohnsummen ist also bedeutend größer, als die Differenz zwischen den Mannschaftsbeständen. Zieht man, wieder um die Vergleichbarkeit der Etats zu erhöhen, von dem deutschen und englischen Etat die Lohnsummen, von dem letzterwähnten auch die Pensionen ab, so ergibt sich, daß England für seine Marine 810,2 Millionen Mark im Jahre 1914 auslegt, Deutschland aber 424,2 Millionen Mark. Trotz alledem wird in der nächsten Session dem Reichstage eine Vorlage zugehen, die zum mindesten eine Erhöhung des Mannschaftsbestandes und eine Vermehrung der Auslandsschiffe fordern wird. Wie überflüssig diese Ansprüche sind, erhellt daraus, daß schon jetzt auf 1000 t des Schiffbestandes in der deutschen Marine 78, in der englischen aber nur 68 Mann entfallen!

### Scharfmacher für den Umsturz der Gesetze.

Mit dankenswerter Offenheit tritt der bekannte Dr. Felix Ruz, einer der Hauptmitarbeiter der „Arbeitgeber-Zeitung“, in diesem Scharfmacherorgan für die parteiische Handhabung der Gesetze zu ungunsten der Sozialdemokratie und für die Beseitigung solcher Gesetze ein, die eine derartige Handhabung nicht zulassen. Herr Ruz geht von der Tatsache aus, daß kürzlich ein konservativer Verein in Schlesien ein Fest abgehalten habe, auf dem Herr v. Seydbrand eine hochpolitische Rede hielt, ohne daß der anwesende Polizeichef etwas dagegen einzuwenden gehabt hätte, daß 200 Kinder und junge Leute daran teilnahmen. Auf dieses Vorkommnis hatte der Ausschuh des schlesischen Arbeiterlagers festes hingewiesen, dessen harmlose Pfingstveranstaltung bekanntlich als politisch erklärt und in unerhörter Weise schikaniert worden war.

Der Mitarbeiter der „Arbeitgeber-Zeitung“ glaubt darüber spotten zu sollen, daß der Ausschuh des Arbeiterlagers festes diese beiden Vorgänge einander gegenüberstellt, um an ihnen die „unparteiische“ Handhabung der Gesetze durch die berufenen Behörden zu zeigen. Er schreibt:

„Wenn unsere Regierung, wenn die verantwortliche Leitung unserer Politik daran festhält, daß die Sozialdemokratie, die ihrerseits mit lobenswerter Offenheit alle Staats-

einrichtungen verneint, eine Partei ist, so gut wie jede andere, daß man mit ihr konferieren, diskutieren und sogar regieren könne, daß zwischen ihr und den bürgerlichen Richtungen ein prinzipieller Unterschied nicht zu finden ist, dann freilich haben die Genossen vollkommen recht, wenn sie bis aufs Jota eine durchaus partiische Verhandlung verlangen. Wenn das Gesetz freilich im Widerspruch zu jedem gefunden Volkswillenden zwischen einem deutschen Patrioten und einem internationalen Staatsfeind, zwischen einem treuen Anhänger deutscher Art und Sitte und einem revolutionären Gegner aller Einrichtungen, die uns teuer sind, keinen Unterschied zu ziehen weiß, so braucht man wirklich keinen besonderen Scharfsinn, um zu entdecken, daß dieses Gesetz seinen Zweck verfehlt hat, daß es schleunigt, aber auch allerhöchsteigst zum alten Eisen gemorren und durch eine neue Verordnung ersetzt werden muß, welche denjenigen Teil der Bevölkerung, der sich selbst seiner Ausnahmestellung mit frechem Quisismus rühmt, der mit Kaiser und Reich nichts zu tun haben will, nun auch tatsächlich und gründlich in diese Ausnahmestellung verweist.“

Eine solche zynische Aufforderung zur Rechtsbeugung und zum Umsturz der Gesetze ist nicht alltäglich. Aber freilich, die sprichwörtlich gewordene „Objektivität“ unserer Behörden gibt den Scharfmachern das Recht zu der Auffassung, daß die Sozialdemokraten vogelfrei wären und kein Anrecht auf den Schutz der Gesetze hätten. Es ist eine bittere Ironie: Die Sozialdemokratie, die sich peinlich bemüht, die Gesetze zu respektieren, wird als staatsfeindlich verschrien und auf das blutigste verfolgt; die Scharfmacher dagegen, die offen zur Verungung des Rechts und zum Umsturz der Gesetze auffordern, hüllen sich in die Toga des tugendhaften Hüters von Recht und Gerechtigkeit.

### Liberaler Stützen des Militarabsolutismus.

Daß dem „dies ator“ der ersten Zaberndebatte ein so beispielloser Triumph des Militarabsolutismus folgen konnte, war die Schuld unseres Liberalismus und seiner unsäglichen Feigheit. Und daß der Militarismus sich fort und fort im Lande als unumschränkter Herr aufspielen und aller Kritik spotten darf, dafür trägt unser entarteter Liberalismus nach wie vor die Hauptschuld.

Daß die „Deutsche Tageszeitung“ die Drohkäse des Hauptmanns Pommer mit ein paar hochwürdigen Nebenarten abtut, ist natürlich. Wer's mit dem Sprichlein hält: „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten“ kann nichts als befristeten Abscheu vor einer Schrift empfinden, die die Offizierskaste ihres erklüfteten, volksfeindlichen Charakters entkleidet sehen möchte. Daß aber ein nationalliberales Blatt wie die „Vogelburger Zeitung“ das Junkerorgan überjunkt und einen alten Offizier begeistert, der nichts als liberale Militärreformen fordert, das charakterisiert die Verkommenheit dieses „Liberalismus“!

Da werden abgeschmackte Witze gerissen, weil Hauptmann a. D. Pommer den Offizieren zum Bewußtsein gebracht wissen will, daß sie „nichts anderes als bezahlte Diener einer Staatsgemeinschaft“ sind. Und da soll sich ein blaublättriger Epaulettenträger nicht als das behorrrechtete Mitglied einer sonderbaren Herrenkaste fühlen!

Freilich, unsere „liberalen“ Schlotjunken fühlen sich ja nicht minder als die Kugelnher der Militarabsolutismus wie die Krautjunken: wenn bei Streiks gegen die Arbeiter Maschinengewehre aufgeführt werden, sind Draufgänger wie die Reuter und Forstner gerade die rechten Leute!

Unter den alten Offizieren selbst mehren sich die einsichtigen Elemente, die die absolutistischen Gelüste, die Soldatenmishandlungen, den ganzen volksfeindlichen und volksverachtenden Geist des Militarismus als schwere Gefahr für unsere ganze Kultur- und unsere ganze nationale Entwicklung empfinden. Aber ihre schärfsten Reformversuche begegnen nicht nur bei den Junkern dem giftigsten Hohn, sondern auch bei unseren Nationalliberalen.

Der Sieg der Demokratie wird dadurch zwar nicht verhindert, aber die Formen der Auseinandersetzung werden begreiflicherweise nicht gemildert.

### Und abermals der Janushauer.

Wie ehemals der Dreßgraf Wälder in kurzen Intervallen die Welt durch seine junkerliche Kraftsprüche ergötzte, so treibt es jetzt Herr Glard v. Oldenburg-Januschau. An erwachsener, staltduftender Kraft des Ausdrucks ist Herr v. Oldenburg dem Dreßgrafen ebenbürtig, wie überhaupt der ganze geistige Habitus des Mannes dem des antiseimilischen Draufgängers auffallend ähnelt. Daß trotzdem der Janushauer eine politische Rolle zu spielen mag, während Wälder schon als lustige Person galt, lange bevor sein geistiger Defekt gerichtsnotorisch wurde, kennzeichnet drastisch den Niedergang unserer politischen Zustände.

Herr v. Oldenburg braucht in keiner Linie karikiert zu werden, um die schlimmste Witzblattfigur abzugeben. Aber er ist zugleich der unverfälschteste Typ unserer Krautjunken, dieser so kleinen aber so einflussreichen Sippe mit dem unerfülllichen Magen und dem robolanten Mundwerk. Was die anderen denken, spricht er unterfrohzen aus. Und all seine ungeheuerlichen Verästelungen des deutschen Volkes festigen nur seine Beziehungen zu den höchststehenden Personen!

Jetzt hat er wieder in Graudenz losgelegt. Hat er wieder einmal über Zabernd triumphiert. Hat er unterstrichen, was er schon einmal gesagt: „Wenn das Militär überhaupt zum Einschreiten kommt, dann verlange ich, daß der ganze Gerichtshof in den Keller kommt.“ Ob das juristisch zu rechtfertigen sei, sei ganz schamupp: der praktische Gesichtspunkt habe den Ausschlag zu geben. Und der ist natürlich, daß der Zivilanwaltschaft einschließlich der ganzen Justizerei und Verwaltung handgreiflich klar gemacht wird, daß der den Junkern dienstwillige Militarismus als schlimm ist!

Der Janushauer kann triumphieren. Die Reuter und Forstner sind als gefeierte Helden aus der schmachvollen Affäre hervorgegangen und der sozialdemokratische Schriftsteller, der die geruchaltendste Kritik an dem militärischen Gewaltstücken übte, fliegt auf drei Monate ins Gefängnis! Und Herr v. Dallwitz zeigt jetzt den Esch-Lothringern, daß künftig auch in der Zivilverwaltung, selbst der kommunalen, nur Männer geduldet werden, die christlich-germanischen Geistes sind!

Nicht nur für den Absolutismus der Bajonette tritt aber in Graudenz der Janushauer, sondern auch für den lächerlichen Zolltarif, für die Volkskündigung. Das Land gehe „sehr ernsten Zeiten“ entgegen, wenn der Reichstag den Junkern nicht den vollen Tribut sichere. Wie lange wird das deutsche Volk diese Janushauerertragen?

### Gegen die Kritik der Schwurengerichte.

Wehrhach haben bekanntlich in letzter Zeit Vorwürfe von Schwurgerichten in Sachsen es für gut gefunden, an die Geschworenen Ansprachen zu richten, die sehr wenig angebrachte Vermahnungen und eine verdeckte Kritik an die Einrichtung der Schwurgerichte enthalten. Dazu teilt jetzt das amtliche „Dresdener Journal“ mit, daß diese Ansprachen von der sächsischen Justizverwaltung weder beanlagt worden seien noch gebilligt würden. Bereits der Staatssekretär Rieberging habe sich im Reichstage über derartige Ansprachen der Schwurgerichtsvorständen, insbesondere über die dabei an den Schwurgerichten geübten Kritiken, abfällig geäußert. Diese Auffassung werde von der sächsischen Justizverwaltung in vollem Umfange geteilt.

Offentlich tut diese Abschüttelung ihre Dienste.



### Das amtliche Stichwahlergebnis in Koburg.

Die amtliche Auszählung der Stimmen, die bei der Stichwahl in Koburg abgegeben wurden, ist jetzt beendet. Danach wurden am 17. Juli von 17 123 Wahlberechtigten 14 971 Stimmen abgegeben. Es erhielten Fabrikant Arnold-Neuhardt (Fortschr. B.) 9180, Rechtsanwalt Hofmann-Hof i. V. (Soz.) 5791 Stimmen.

In einem Aktstück auf die Stichwahl bestätigt die „National-liberale Korrespondenz“ nochmals, daß Herr Arnold seinen Sieg so gut wie ausschließlich der „Niederfüßbacher Stiftung“ zuschreiben habe. Es bleibt dabei, daß der Ausgang der Wahl nicht zufällig ist auf die etwa in den partei- oder wirtschaftspolitischen Grundfragen des Fortschritts liegende Werbestärke, sondern daß tatsächlich lokale Ursachen und die „Niederfüßbacher Stiftung“ jene überraschende Neuorientierung mancher Wählerkreise herbeiführte. Wir können nicht einmal zugeben, daß hierbei die Persönlichkeit des Präsidenten Arnold besonders wirksam ins Gewicht gefallen wäre. Träte das zu, dann hätte er doch im Jahre 1903 die gleiche persönliche Anziehungskraft auf die Wähler ausüben müssen. Das ist aber, wie die Zahlen ergeben, nicht der Fall gewesen.

Diese Erkenntnis hat die Nationalliberalen nicht gehindert, in der Stichwahl alles zu tun, um Herrn Arnold zum Siege zu verhelfen. Aber um so unangenehmer muß es den Fortschrittlichen sein, auch von diesen Freunden bestätigt zu hören, daß sie herzlich wenig Anlaß haben, auf ihren Koburger Sieg stolz zu sein.

### Der Fall Knöpfker.

Wie eltsässische Blätter melden, gedenkt das eltsässische Zentrum die Regierung wegen der Nichtbefähigung des Habener Bürgermeisters Knöpfker zu interpellieren. Die reichsständische Zentrumspresse schlägt zum Teil sehr scharfe Töne wegen der Maßregelung Knöpfkers an. Es handle sich, schreibt der „Elsässische Kurier“, nicht um Knöpfkers persönliche Ehre, sondern um die Parteirechte. In dem Landtagsabgeordneten Knöpfker sei seine Partei, das Zentrum getroffen. — Die Behandlung des Falles im Landtag kann zu bedeutenden Auseinandersetzungen führen.

### Wie verleumdet wird.

In der Bekämpfung der Sozialdemokratie muß jedes Mittel recht sein. Geschieht irgendwo eine Unthat, so dauert es nicht lange, und jemand hat herausgetriegt, daß die Sozialdemokratie daran schuld sei. Vor acht Tagen wurde in Solingen ein Postbote durch einen betrunkenen Burschen erstochen. Nicht lange, so konnte man in der Reichsverbandspresse des rheinisch-westfälischen Industriegebietes auch schon wieder lesen, der Bursche sei Sozialdemokrat und habe die Tat begangen, als er von einem sozialdemokratischen „Waldfest“ gekommen sei. Dem gegenüber ist jetzt folgendes einwandfrei festgestellt worden: 1. Im Kreise Solingen fand an dem fraglichen Tage überhaupt kein einziges Waldfest statt, das von sozialdemokratischer oder gewerkschaftlicher Seite arrangiert worden wäre. 2. Der Mörder hat keinerlei Beziehungen zur Arbeiterbewegung; er ist weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert, noch gehört er der Arbeiterjugend oder einem Arbeitersportverein an. Damit dürfte hoffentlich der Weiterverbreitung der frechen Lüge der Waden entzogen sein.

### Schutz der Schulpflichtigen!

Die berufenen Hüter der Ordnung werden rebellisch. Herr v. Jagow kann bereits ein kleines Liedlein davon singen. Die „Deutsche Schulpflichtzeitung“ hat sich nun an die Spitze der Bewegung gestellt und verlangt, daß den Schulpflichtigen eine größere Bewegung im privaten Leben gewährt wird. Habe sich doch auch kürzlich erst der Disziplinararat des preussischen Oberverwaltungsgerichts auf den Standpunkt gestellt, daß der Beamte Befehle, die in das Privatleben eingreifen, nicht zu befolgen brauche.

„Oben“ ist man von all dem natürlich sehr wenig erbaut und versucht, durch noch schärferes Vorgehen die Unzufriedenen zur Ruhe zu bringen.

So hat u. a. in Danzig der dortige Polizeipräsident nicht nur das Halten der „Preuß. Schulpflichtzeitung“ verboten, sondern er hat auch die auf den Revidieren ausliegenden Exemplare beschlagnahmt und außerdem sogar einen Beamten in die Privatwohnung eines Schulpflichtigen geschickt, um ein dort etwa vorhandenes Exemplar der „Preuß. Schulpflichtzeitung“ gleichfalls mit Beschlagnahme zu versehen. — In Königsberg i. Pr. wiederum erklärte ein vorgelegter Beamter, daß jeder, der die „Preuß. Schulpflichtzeitung“ abummiert, auf irgend welche Unterstellungen durch die vorgelegte Behörde nicht mehr rechnen könne.

Ob dieses Mittel, die „Ruhe wieder herzustellen“, auf die Dauer der Klagen wird, mag füglich bezweifelt werden.

### Gegen das Schmiergeldwesen in der Armee.

Das Kriegsministerium veröffentlicht folgenden Erlass:

Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß den Unteroffizieren und Mannschaften der Armee dienlich verboten ist, innerhalb ihrer eigenen oder einer fremden Truppe oder Behörde Zivilpersonen oder den Handwerkermeistern der Truppen und der militärischen Anstalten usw. zur Ausübung des Gewerbetriebses Hilfe zu leisten, insbesondere durch Vermittlung oder Verschönerung des Abschlusses von Kaufgeschäften, Versicherungsverträgen und dergleichen.

Den Unteroffizieren und Mannschaften ist befohlen, von jeder an sie ergehenden derartigen Aufforderung ihren Vorgesetzten Meldung zu machen.

Berlin, den 16. Juli 1914.

Der Kriegsminister.  
von Falkenhayn.

### Neue Kriegshefte.

Deutsche chauvinistische Blätter bemühen sich fortgesetzt, die österreichisch-serbische Spannung zu verschärfen und beide Staaten in einen Krieg zu ziehen. Es ist ungeheuerlich, was z. B. die „Deutsche Tageszeitung“ auf diesem Gebiete Tag für Tag leistet. Gestern wieder erklärt das Agrarierblatt, daß ein schwaches Zurückweichen Oesterreich-Ungarns einer Vankrotterklärung von Oesterreich-Ungarns Großmachtsstellung gleichkomme und gleichwertig eine schwere Niederlage des Dreibundes bedeuten würde. Die deutsche Regierung scheint vernünftigerweise diesen Ausgeburten sommerlicher Hitze gegenüber ruhig Blut zu bewahren, und es ist nur zu begrüßen, daß die „Bayerische Staatszeitung“, das Organ des Ministerpräsidenten v. Hertling, ein paar lobende Zeilen über des Reichskanzlers auswärtige Politik bemerkt, um auch die deutsche Presse zu ruhiger Auffassung der Ereignisse auf dem Balkan zu ermahnen.

Die konservative Presse ist deshalb so eifrig an der Hecke beteiligt, weil sich dabei leicht Stimmung gegen Rußland machen läßt. Da Rußland wahrscheinlich Serbien unterstützen würde, richten sich die Drohungen mehr oder weniger offen gegen Rußland, das man mit Rücksicht auf die bevorstehenden Handelsverträge einschüchtern möchte.

Die Kriegshefte und Kriegsgerichte finden in der bürgerlichen Presse Nahrung durch die Nachricht, daß der österreichische Minister des Äußern Graf Berchtold und der Generalstabschef Freiherr v. Bösendorff, und auch der Minister des Innern plötzlich nach Wien gereist sind. Graf Berchtold hat dem Kaiser Vortrag gehalten, während der Besuch des Generalstabschefs nur erfolgt sein soll, um seinen kranken Sohn zu besuchen. Offiziell werden in

Wien dagegen alle Gerüchte, daß sich die Situation zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien verschärft, und daß infolgedessen eine partielle Mobilisation in Oesterreich-Ungarn bevorstehend sei, als Erfindung erklärt.

Ueber den in den nächsten Tagen zu erwartenden Schritt Oesterreichs in Belgrad werden in der bürgerlichen Presse allerlei Kombinationen angezettelt. So soll Serbien auf Grund des Materials der amtlichen Untersuchung aufgefordert werden, sofort auf serbischen Boden die Ergebnisse der Untersuchung von Sarajewo zu vervollständigen und im Königreich Serbien unbedingt alle Vorkehrungen zur Unterdrückung von Vereinigungen zu treffen, die großserbische Ziele verfolgen und ihr Agitationsgebiet nach Oesterreich erstrecken. Man erwartet die Note Oesterreichs an die serbische Regierung noch vor Ende dieser Woche.

### Der Krieg in Sicht.

Wien, 21. Juli. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute abend wurde offiziell bekanntgegeben, daß die Reservisten unter die Fahnen einberufen werden. Dadurch wird die österreichisch-serbische Spannung zur unmittelbar drohenden Kriegsgefahr.

### Der österreichische Schritt in Serbien.

Wien, 21. Juli. Der Schritt der österreichisch-ungarischen Regierung in Belgrad verfolgt nicht allein den Zweck, die bestehenden Differenzen zu beseitigen, sondern die serbische Regierung zu einer Aenderung seiner Politik in der Richtung eines dauernden Friedens zu bewegen.

### Die bulgarisch-rumänischen Grenzzwischenfälle.

Bukarest, 21. Juli. Der rumänische Gesandte in Sofia Deruffi erklärte vor seiner Abreise nach Sofia einem Vertreter des offiziellen „Romanul“, daß die Zwischenfälle an der bulgarischen Grenze nicht so schwer erscheinen, als man anfangs annehmen konnte, und daß in Kürze wieder normale Verhältnisse hergestellt sein werden.

### Die albanische Aufstandsbewegung.

Durazzo, 21. Juli. Die Aufständischen weigern sich, den von den Vertretern der Großmächte in der albanischen Hauptstadt ausgesprochenen Wunsch, zwecks Verhandlungen Abgesandte nach Durazzo zu entsenden, zu erfüllen. Sie bestehen vielmehr nach wie vor darauf, daß die Gesandten nach Schial kommen und dort die Wünsche der Rebellen entgegennehmen. Die Vertreter der Mächte werden morgen darüber endgültigen Beschluß fassen.

### Oesterreich.

#### Reform des Militärstrafprozesses.

Woran Regierungen und Parlamente jahrzehntlang begehend herumgemurrt haben, das hat jetzt der § 14 mehr schlecht als recht geschafft: Die „Reinliche Halsgerichtsordnung“ der Maria Theresia, auf der der Militärstrafprozeß beruht, durch ein halbwegs europäisches Verfahren zu ersetzen. Bisher geschah in dem Verfahren stets das, was der Auditor — Ankläger, Verteidiger und Verhandlungsführer zugleich — für richtig hielt, die „Richter“ hörten und sahen seine Zeugen und erhoben keine Beweise. Angeklagt wurde nur, wenn der Gerichtsherr es wollte, der auch das Begnadigungsrecht hatte. Ein Recht auf Berufung und Revision gab es nicht, sondern nur das Recht, darum zu bitten und alle Verhandlungen waren von vornherein und durchschrittmäßig geheim!

Das jetzt durch einen Verfassungsbruch, den man aber begründen kann, eingeführte Verfahren schafft feste Brigaden, Divisionsgerichte und behält den Obersten Militärgerichtshof in Wien bei. Für Offiziere ist das Divisionsgericht die 1. Instanz. Die Brigadegerichte entscheiden über Straftaten, auf die nicht mehr als 6 Monate Strafe gesetzt sind. Für die (aktiv formierte) Landwehr und die Marine gibt es eigene Gerichte. Die Strafverfolgung kann erst eintreten, wenn sie von dem zuständigen Kommandanten angeordnet ist. Bei geringeren Delikten kann sich der Kommandant mit einer Disziplinarstrafe begnügen, er kann also leicht Offiziere und Unteroffiziere dem Gericht entziehen, die völlige Unterlassung einer Verfolgung muß er begründen.

Die Untersuchung führt in der Regel nicht ein Auditor, sondern der Militäranwalt! Verhandlungen gegen Offiziere dürfen Soldaten und Unteroffiziere nicht als Zuschauer beizuwohnen, die Öffentlichkeit kann wegen Verletzung der Stillschließlichkeit, öffentlichen Ordnung oder militärdienstlicher Interessen ausgeschlossen werden sowie bei Verleumdungs-, Verleumdungs- und Erpressungsprozessen, wenn der event. Privatkläger, der sonst nichts zu reden hat, es beantragt. Es kann aber der Angeklagte der geheimen Sitzung, mit Ausnahme der Verhandlung geheimzuhaltender Dinge, drei Vertrauensmänner zuziehen, wie auch im österreichischen Strafprozeß, denen aber ein Schweigegelöbte auferlegt werden kann, dessen Verletzung bis zu 6 Monate kostet. Die Urteilsverkündung ist stets öffentlich.

Mannschaftspersonen gehören dem Gericht fortan nicht mehr an. Nach deutschen Muster gibt es einen Vorsitzenden und einen Verhandlungsleiter. Die Verteidiger müssen vom Landesverteidigungsminister (bei den Landwehren), bezw. vom Kriegsminister zugelassen sein — also werden es wohl nur Reserveoffiziere usw. werden, jedem Soldaten muß auf Antrag ein Verteidiger von Amts wegen gegeben werden und der verhaftete Angeklagte kann sich mit ihm besprechen, auch sind ihm die Akten auch während der Untersuchung zu geben. Berufung und Revision (Rechtsmittelbeschwerden) sind auch für den Privatkläger eingeführt. Beim obersten Militärgerichtshof entscheiden zumeist nur Juristen.

Der erste Prozeß auf Grund des neuen Gesetzes war in Olmütz. Ein Soldat hatte einem ihm tadelnden Korporal eine Ohrfeige gegeben. Auf tätlichen Widerstand gegen einen Vorgesetzten steht die Todesstrafe. Entgegen dem Antrag des Anklägers verurteilte das Gericht auf Grund einer milderen Bestimmung nur zu sechs Monaten. Der Ankläger meldete die Berufung an.

### England.

#### Kein Fortschritt der Homerus-Konferenz.

London, 21. Juli. Die veruntet, wurde die heutige Beratung der Homerus-Konferenz in durchaus lebenswürdigem Tone geführt, doch kann man nicht sagen, daß bis jetzt ein entscheidender Fortschritt zur Einigung erzielt worden ist.

### Aus der Partei.

Dem Bericht des Parteivorstandes an den Würzburger Parteitag, der morgen erscheint, entnehmen wir folgende Angaben über die Organisationsverhältnisse: Die Mitgliederzahl stieg im Berichtsjahre von 982 850 auf 1 085 905, also um 102 055. Die Partei hatte damit am Schlusse des Berichtsjahres die Million zahlender Mitglieder überschritten. Der größte Teil der Neuaufnahmen in der „Roten Woche“ (148 100) ist bereits in der Mitgliederzahl des Jahresabschlusses enthalten. Die

Zahl der weiblichen Mitglieder wuchs von 141 115 auf 174 754. Die Zahl der Abonnenten der Parteipresse einschließlich der „Gleichheit“ stieg im gleichen Zeitraum von 1 465 212 auf 1 488 345. Von dem Abonnentenzuwachs entfielen 13 000 auf die „Gleichheit“ und 10 133 auf die Tagespresse. Im Jahre vorher betrug der Abonnentenzuwachs 12 800. Die Partei verfügt über 91 Tageszeitungen und 65 Parteidruckereien. Es stieg im Berichtsjahre die Zahl der Bildungsausschüsse von 791 auf 854, der Jugendausschüsse von 655 auf 837, der Kinderschutzkommissionen von 300 auf 252. Im Berichtsjahre wurden von der Partei im Reich 46 376 Mitglieder, 1940 Frauen- und 12 577 öffentliche Versammlungen abgehalten und 45 263 388 Flugblätter, Broschüren und Kalender unentgeltlich verteilt. In den Landtagen der Einzelstaaten sahen 20 Genossen und in den Magistraten, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevorständen und Gemeindevertretungen 12 224 Genossen.

### Bayerischer Landesparteitag.

Die Verhandlungen am Montag waren nur von kurzer Dauer. Ein Antrag, den Landesvorstand zu beauftragen, die Errichtung einer Auskunftsstelle für die in der Gemeindeverwaltung tätigen Genossen in Erwägung zu ziehen, wurde angenommen, ebenso folgender Antrag des Landesvorstandes:

„Dem Landesvorstand wird ein besonderer Aufschuß von sechs Mitgliedern zugeteilt, der die Aufgabe hat, im Einvernehmen mit dem Landesvorstand die ständige Agitation gegen die Kammer der Reichsräte zu leiten. Diese Agitation soll in allen Teilen des Landes nach einem von dem Aufschuß zu bestimmenden Plane ständig durchgeführt werden, um die weitesten Kreise des Volkes über die Notwendigkeit der Befestigung der Kammer der Reichsräte aufzuklären.“

Ein Antrag, der einen Wahlfondsbeitrag von vierteljährlich 10 Pf. eingeführt wissen will, fand nicht die genügende Unterstützung. In den Landesvorstand wurden wiedergewählt: v. Bollmar und Adolf Müller als Vorsitzende, Kuer als Sekretär und als Beisitzer Reich-Rüchsen, Simon-Rürnberg und Treu-Rürnberg. Als Ort des nächsten Landesparteitages wurde Regensburg bestimmt. Nach dem Schlusswort des Genossen Müller wurde der Parteitag mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen. Die Delegierten sangen stehend die erste Strophe der Arbeitermarzialhymne.

### Aus Industrie und Handel.

#### Bankkonzentration in Schweden.

Bei einer in Stockholm zwischen den Vertretern von elf Bankinstituten stattgefundenen Zusammenkunft wurde die Gründung eines neuen Bankinstituts mit einem Aktienkapital von 68 Millionen Kronen und einem Reservefonds von mindestens 88 Millionen Kronen beschlossen. In das neue Bankinstitut sollen folgende Banken aufgehen: Aktiengesellschaft Everiges, Private Zentralbank, Aktiengesellschaft Norrlandsbanken, Aktiengesellschaft Svansta Handelsbanken, Bankaktiengesellschaft Soedra Everige sowie die Privatbanken in Borås, Norrköping, Örebro, Helsingland, Soedermanland, Uppland und Oestergötland.

#### Eine erschreckend gesteigerte Arbeitslosigkeit.

In der Zeit der Wirtschaftskrisen, wenn die Massen der Arbeitslosen eindringlich den Widerstand unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung demonstrieren und vom Reich, Staat und den Gemeinden Abhilfe ihrer Not fordern, verlegt sich das Ausbeuterium und sein Pressegeheul aufs Ableugnen. Die Not sei übertrieben, unter den Arbeitslosen bestände sich ein erheblicher Teil, der nicht arbeiten wolle und überhaupt: wer zum Arbeiten Neigung habe, fände auch stets Beschäftigung. Wie verlogen diese Methode ist, zeigt jetzt wieder der Jahresbericht der Handelskammer zu Leipzig für das Jahr 1913, in dem es in einer Betrachtung über Gang und Lage von Handel und Industrie heißt: „Das Jahr 1913 war für Handel, Industrie und Gewerbe eine Zeit wirtschaftlichen Niederganges... Kruher den erwähnten Hemmnissen der Politik, des Geldhandels, der Ueberproduktion, der neuen schweren Steuern (!) machten sich die Abschwächung der Kaufkraft der großen Geldbesitzer und eine erschreckend gesteigerte Arbeitslosigkeit schmerzlich fühlbar.“

Das klingt denn doch wesentlich anders, als man sonst zu hören gewöhnt ist. Die Leipziger Handelskammer gesteht damit glatt ein, daß die sozialdemokratische Presse kein Wort zuviel gesagt hat, als sie auf die furchtbare Not der Arbeitslosen hinwies und dringend Abhilfe forderte. Die Leipziger Handelskammer bekennt aber damit auch die Berechtigung der sozialdemokratischen Forderung auf Einführung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung. Bietet sie doch selbst die Ursachen der Arbeitslosigkeit auf „eine Zeit wirtschaftlichen Niederganges“ zurück. Trotzdem preizen sich gerade diese nationalliberalen Handelskammern und Industriellen gegen eine solche Versicherung der Arbeiter.

### Letzte Nachrichten.

#### Den schädigen Denunzianten zur Antwort.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Mit Bezug auf die einigen hiesigen Blättern mitgeteilte „Zuschrift“ aus dem Pabsttum, daß die am Sonntag, den 19. d. M., nachmittags 5 Uhr, im Schillerpark veranstaltete Darbietung des Vereins „Gesundbrunner Harmonie“ eine ausgesprochen sozialdemokratische Agitationslundgebung gewesen sei, muß zur Steuer der Wahrheit bemerkt werden, daß von irgendeiner Form von Agitation oder Kundgebung nicht die Rede gewesen und daß die Gesangsauflösung ohne jeden Zwischenfall verlaufen ist. Die Sänger haben sich streng nach der ihnen erteilten Erlaubnis gerichtet, wonach der Vortrag von politischen oder religiösen Liedern ausgeschlossen war. — Auch eine Beschädigung der Park- und Blumenanlagen hat nicht stattgefunden.

#### Der Proteststreik der Petersburger Arbeiter.

Petersburg, 21. Juli. Heute nahm der Ausstand einen noch größeren Umfang an. Die Zahl der Ausständigen betrug ungefähr 160 000 Personen. Polizei, Gendarmerie und Kosaken waren in großer Stärke aufgebaut. Besondere Schutzmaßnahmen waren an dem Wege, den Präsident Poincaré fuhr, sowie in der Nähe der Stadtduma, wo ein Kont für die französischen Offiziere stattfand, getroffen worden. Trotzdem gelang es den Ausständigen, mehrere Straßenbahnwagen umzubringen. Die Kosaken feuerten auf die Menge, wodurch mehrere Personen verwundet wurden.

#### Russischer Parlamentarismus.

Petersburg, 21. Juli. Auf den Bericht über die Neben des sozialdemokratischen Abgeordneten Tschaidze in der Duma, der deswegen vor den obersten Gerichtshof gestellt werden sollte, schrieb der Kaiser folgenden Satz: Ich hoffe, daß von jetzt ab der Präsident der Duma keine gegen Gesetz und Reich verstoßenden Äußerungen mehr bilden wird. Das Verfahren ist einzustellen.

#### Der Ausstand in Vaku.

Vaku, 21. Juli. Die Angehörigen der Zentralstationen, welche die Stadt mit elektrischer Kraft versorgen und die zur Herstellung von Trinkwasser dienenden Salzentschleunungsapparate in Betrieb hatten, sind in den Ausstand getreten. Die Stadt ist infolgedessen von Wassermangel bedroht.







Bewerkschaftliches.

Die Humanität der Unternehmer.

Die Scharfmacherblätter vom Schlage der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ und ihre minder bedeutenden örtlichen Nachbeter haben erst kürzlich wieder rühmend abgestritten, daß die Industriellen starke Abneigung haben, ältere Arbeiter zu beschäftigen, ja, man glaubte, eine Art von Vorliebe zur Beschäftigung alter Arbeiter konstatieren zu dürfen. Wie wenig dies den Tatsachen entspricht, lehrt eine uns in die Hände gefallene Anweisung eines großen Düsseldorfer Werkes, der Maschinenfabrik Hohenzollern, an ihre Meister. Die Anweisung lautet:

„Meister: Betrifft: Arbeiter-Annahme. Von der Direktion wird gewünscht, daß man bei der Annahme von Arbeitern vorzichtiger sein soll, d. h. daß nicht zu alte Leute und ferner nicht solche, welche häufiger krank gewesen, bezw. aus dem Krankenhause entlassen sind, eingestellt werden.“

Dieses soll seitens der Werkstätten geschehen, damit nicht derartige Leute, welche bereits vom Meister angenommen sind, vom Annahmebureau zurückgewiesen werden müssen. Düsseldorf, den 9. Juli 1914.

Brand. Diese maschinenschriftlich hergestellte Anweisung des Betriebschefs Brand ist charakteristisch. Systematisch hält man krank gewesene und ältere Arbeiter fern. Das betreffende Unternehmen weist horrende Erträge ab. Außer einer regelmäßigen Dividende von 12 Proz. wird alle paar Jahre das Aktienkapital aus den sonst noch zurückgelegten Geldern erhöht. Die Arbeiter schaffen den Prozen Riesenschätze und sie selbst werden auf den Hungeretat gesetzt, sobald ihr Alter naht oder sich Krankheiten einstellen.

Berlin und Umgegend.

Lohnbewegung der Kraftdroschkenführer.

Auf welche Weise die Unternehmer Arbeitswillige heranzuziehen versuchen, beweist folgendes Schreiben:

Berlin N. 85, den 18. Juli 1914.

Auf unser Inserat bezüglich Ausbildung als elektrischer Automobil-Droschken-Chauffeur unter der Firma Akt.-Ges. für Automobil-Unternehmungen, mit welcher wir in näherer Verbindung stehen, erhielten wir auch Ihr Bewerbungsschreiben und teilen Ihnen folgendes mit:

Wir sind bereit, Sie als elektrischen Automobil-Droschken-Chauffeur auszubilden und dafür zu sorgen, daß Sie Ihren Fahrschein bekommen mit nachheriger sofortiger Anstellung in unserem Droschkenbetrieb als Droschken-Chauffeur. Eine Kündigung bedeuert nicht und machen wir zur Bedingung, daß Sie weder dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande noch einem anderen Verbands angehören oder jemals sich überhaupt einer Organisation anschließen. Sofern Sie sich nichts zudenken können lassen im späteren Fahrdienst und allen Ihren Verpflichtungen nachkommen, haben Sie stets bei uns eine dauernde Stellung.

Zur Ausbildung als elektrischen Automobil-Droschken-Chauffeur bedingen wir zunächst eine Kaution von 30 M., welche gesetzlich dem auszubildenden Fahrermeister zusteht und welche wir Ihnen nach dreimonatiger Tätigkeit als Chauffeur bei unserer Werkstätte wieder auszahlen.

Ferner müssen Sie die Mittel besitzen, sich einen kompletten Leder-Chauffeuranzug, circa 60 bis 80 M. anzuschaffen und Ihren Lebensunterhalt circa 8 bis 4 Wochen zu bestreiten, in welcher Zeit Sie den polizeilichen Droschkenführerschein erlangen respeltive bekommen, sofern Sie polizeilich nicht vorbestraft sind und auch von Ihrem Arzt ein Gesundheitsattest erlangen.

Entsprechen Sie diesen Vorbedingungen, so können Sie sich am morgigen Sonntag zwischen 9 und 10 oder 1 und 2 Uhr oder am Montag zwischen 1 und 2 Uhr bei unserem Herrn Fischer in Palente, Joachim-Friedrich-Str. 37, Mittelhof 3 Treppen, melden. (Zu erfragen beim Portier.)

Wählungsroll

Automobil-Droschken-Gesellschaft „Electric“ m. b. H. Berlin N. 65, Ofener Str. 4/5. (Unterschrift.)

Als Verzicht auf das Koalitionsrecht und blühende Unterwürigkeit, so wünschen die Unternehmer „ihre“ Arbeitskräfte. Ein vernünftiger Mensch wird wohl auf solche Anstellung verzichten. Sollte es Herrn Fischer aber gelingen, unter solchen Bedingungen Leute anzuwerben, so werden diese trotz ihrer geringen Rinderwertigkeit zufrieden sein, wenn sie das Eldorado des Herrn Fischer bald wieder verlassen können.

Die Direktion der Brauerei Engelhardt ersucht uns um die Aufnahme folgender Verichtigung:

1. Die Darstellung in der 1. Beilage Ihrer Sonntagsnummer vom 19. cr. entspricht in wesentlichen Punkten nicht den Tatsachen. Wir stellen fest, daß von seitens der Verwaltung kein ein Angestellter gekündigt worden ist. Vielmehr wurde lediglich einem Beamten, der seit ca. 1/2 Jahren in unserer Abteilung Charlottenburg tätig war und von dem es sich herausgestellt hatte, daß er sich für den Betrieb wenig eignete, nahegelegt, sich nach einer anderen Stellung umzusehen; daraufhin reichte er Beamte ihre Kündigung ein. Von einer Entlassung war also keine Rede, die Verwaltung hat lediglich die Kündigung der Beamten angenommen.

2. Tags darauf mußten zwei von diesen fünf Beamten entlassen werden und zwar aus folgenden Gründen: Der eine weigerte sich, vertretungsweise bei unserem Hauptbureau in Rankow zu arbeiten, obwohl ihm seitens der Verwaltung die Rückerstattung sämtlicher Unkosten gewährleistet wurde; der zweite ließ die Abendpost unerledigt zurück.

Darauf folgte die Entlassung dieser beiden Angestellten wegen Arbeitsverweigerung. Von den übrigen drei der in Frage stehenden fünf Angestellten meldete sich einer auf 2-3 Wochen krank, die andern beiden sind noch in der Brauerei tätig.

Wenn die Angestellten Grund zur Klage zu haben glaubten, so wäre es doch das nadeligendste gewesen, sich dieserhalb an das Zentralbureau zu wenden und es über die Sachlage aufzuklären. Das Zentralbureau hätte zweifellos, sowie es es auch bisher stets getan hat, für eine lokale Erledigung Sorge getragen.

Dem Zentralverband der Handlungsgehilfen wird uns dazu geschrieben:

Die Zentraldirektion der Brauerei Engelhardt ist anscheinend von ihrer Filialleitung in Charlottenburg über die Entwicklung der Dinge sehr schlecht unterrichtet worden, sonst könnte man nicht berichten, was nicht zu vertagen ist.

1. Haben wir selbst mitgeteilt, daß alle Angestellten der Charlottenburger Filiale, nämlich 5, gekündigt haben. Dies geschah aber bereits am Dienstag, den 7. Juli, nachdem am vorhergehenden Sonntag der diensttunende Angestellte zu ungezügelter Arbeitsleistung gezwungen werden sollte. Derselbe hatte bereits von morgens 1/2 bis 1/2 Uhr gearbeitet ohne jede Pause. Er weigerte sich entschieden noch länger zu bleiben mit Hinweis auf seine Familie. Am Montag wurde diesem Angestellten gesagt, daß er sich nach einer anderen Stellung umsehen solle, seine Kündigung sei schon unterwegs. Ein Jahr lang hatten die Angestellten schon mit ansehen müssen, daß der Herr Prokurist ein Ueberstundenwesen herausbildete und mit Mitteln durchzuführen beliebte, die eine vollkommene Rechtslosmachung der Angestellten bedeutete. Wenn sich also ein Angestellter weigerte, ungesetzliche Arbeit zu verrichten, so wurde ihm gekündigt wegen Arbeitsverweigerung. Als dies die Angestellten sahen, erklärten sie sich mit diesem Kollegen solidarisch und kündigten sämtlich am Dienstag früh ihre Stellungen. Nun wollte die Firma aber zeigen, daß sie Herr im Hause ist. Sie verlangte auch am Dienstag wieder Ueberstunden.

2. Der Angestellte, der am Abend diese Ueberstunden im Hinblick auf die Vorkommnisse verweigerte, wurde anderen Tages ebenfalls wegen Arbeitsverweigerung ohne Einholung der vereinbarten Kündigung entlassen.

Der Angestellte, von dem die Direktion sagt, daß er sich weigerte im Rankower Betrieb weiter Arbeit zu verrichten, war durch Vertrag nicht dazu verpflichtet. Der Zweck der Uebung war, die Geschlossenheit der Kollegen zu hören.

Wenn die Zentraldirektion den ehrlichen Willen gehabt hätte, diesen Konflikt beizulegen, so hätte sie dazu bei der Vorlegung der gemeinschaftlichen Kündigung Gelegenheit gehabt. Sie hat aber darauf mit neuen Provokationen durch den Herrn Prokuristen Süd Antwort erteilt. Auch am letzten Sonntag konnten wir wieder feststellen, daß die Firma ungesetzliche Sonntagsarbeit verrichten ließ. Das zeigt nicht davon, daß man für eine lokale Erledigung der Angelegenheit Sorge tragen will.

Dat die Direktion auch jetzt noch den Willen, so sind wir zu Verhandlungen jederzeit bereit.

Der Betrieb bleibt nach wie vor für organisierte Handlungsgehilfen gesperrt.

Zentralverband der Handlungsgehilfen, Münchstr. 20. Tarifkampf im Feinschneidewerk! Bisher haben 400 Arbeitgeber, welche 471 Gehilfen beschäftigen, den Tarifvertrag unterchristlich anerkannt. Die jetzt gültige Kontrollkarte ist wech mit rotem Rand und muß laufend gestempelt sein. In die Liste ist nachzutragen: Bräuner, Hochstädterstr. 17; Karls, Nordhafen 6; Gogolew, Reutlin, Goldstr. 9. Verband der Feinschneidewerke.

Deutsches Reich.

Unternehmerwillkür und -Neugier.

Die Firma Magdeburger Dragéesfabrik, Robert Hohmann, Magdeburg-Westerhufen, richtete an einen Arbeiter eine Postkarte folgenden Wortlauts:

„Ich bestimme Ihr Angebot und wollen Sie mir mitteilen, ob Sie verheiratet sind und irgend einem Verbands angehören. Ich habe nicht, daß Sie weder jetzt einem sozialdemokratischen Verbands angehören noch später, so lange Sie in meinem Betriebe sind oder für einen solchen agitieren. Ferner wollen Sie mir mitteilen, wann Sie hier antreten könnten und welcher Konfession Sie angehören. Wo stammen Sie her?“

Sochastend Magdeburger Dragéesfabrik Robert Hohmann.“

Es fehlt nur, daß die Neugier des Unternehmers sich noch auf die Putzweite und Stiefelgröße des Arbeiters erstreckt. Im übrigen ist die Karte ein neuer Beweis dafür, wie wenig Achtung das Unternehmertum vor dem gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht hat, das bekanntlich nach dem Gebirge der Scharfmacher von den Sozialdemokraten durch ärgsten Terrorismus bedroht wird.

Die Karoffelabrik Rathe u. Sohn in Halle verfußt, arbeitswillige Sattler in Breslau für ihren bestellten Betrieb zu werden. Sie mütel Arbeitern, die 26 Wochen einen ihnen aufgedrungenen Kampf heldenhaft durchgeführt haben, zu nun zum Verräter ihrer eigenen Sache zu werden. Es ist selbstverständlich, daß dieses Liebeswerben der Firma Rathe u. Sohn auf unfruchtbaren Boden fällt. Auch in bürgerlichen Blättern in Dresden und anderen Orten werden Sattler für Halle gesucht. Anständig denkende Arbeiter fallen darauf nicht herein und werden den Betrieb bis zur endgültigen Beilegung des Kampfes meiden.

Die sächsischen Daugewaltigen rüsten.

Der Unternehmerverband für das Daugeweide in Sachsen beschloß auf seiner Hauptversammlung, die er in Leipzig abhielt, eine Streikversicherung seiner Mitglieder noch in diesem Jahre durchzuführen.

Wohlfahrtschwindel.

Seit Bestehen des sogenannten „freien Arbeitsvertrages“ bemühen sich die Zehendenkrampfhaft, den Vergarbeitern ein Recht nach dem andern zu nehmen. Jetzt soll der Brand- oder Deputatlohnbezug nach dem Willen der Zehendenbeleger in eine „Wohlfahrts-einrichtung“ umgestempelt werden, wie nachfolgende Verichtsansätze zeigen:

In dem Vericht der Zeche Konstantin der Große für 1913 heißt es:

„... Unter den Betriebskosten sind verrechnet in Summa 1791 234 M. Die für freiwillige Wohlfahrtszwecke aufgewandten Zuschüsse haben betragen 163 337 M. Rechnet man hierzu noch den Wert der Deputatlohn sowie den Unterschied zwischen Verkaufspreis und dem Vergütungspreis der Brandlohlen an die Mitglieder unserer Zeche, 225 338 M., so beträgt die Gesamtsumme, die für öffentliche Lohfen und für Wohlfahrtszwecke aufgewendet worden ist, 2100 008 M., das sind 52,75 Prozent der verteilten Ausbeute oder 75 Pf. pro Tonne abgesetzter Förderung.“

Ebenso der Vericht von der Zeche Schürbank und Charlottenburg:

„... Die sozialen Lasten und Steuern erforderten eine Ausgabe von 167 833 M. Rechnet man den Unterschied zwischen dem Preise der an die Vergleute abgegebenen 3052 Tonnen Hausbrandlohlen gegen den gewöhnlichen Verkaufspreis, dann stellen sich die Gesamtaufwendungen auf 195 803 M., oder pro Tonne geförderter Kohlen auf 0,84 M., pro Kopf der Zeche auf 197 M., gleich 78,14 Proz. vom Betriebsgewinn.“

Es handelt sich aber bei dem Brandlohlenbezug nicht etwa um

Kleines Feuilleton.

Von denen, die nicht alle werden. Noch kein Jahr ist vergangen, seitdem der italienische „Ingenieur“ Ulivi bei seinen Versuchen in Le Havre die französische Seeresverwallung in gewaltiger Aufregung versetzte. Heute laßt die ganze Welt auf Kosten der Hineingefallenen, denn der geflohenen Meister Ulivi scheint sich als ein ganz gewitzter Schwindler entpuppt zu haben. Die Hineingefallenen und am Geldbeutel schwer Geschädigten haben von jeder Leidensgefährten aus der „besten Gesellschaft“ gehabt, die stets bereit ist, sich mühelos zu bereichern: Fürsten, gewitzte Geldleute, Gelehrte, ja ganze gelehrte Höperschaften sind vor ihnen auf ähnliche Weise von Schwindlern hineingelegt worden, und wenn es nicht gefährliche Kriegswaffen, wie die sagenhaften P-Strahlen waren, handelte es sich wenigstens um so nützliche Dinge, wie das Perpetuum mobile oder die künstliche Herstellung von Diamanten oder Gold. Der allmächtige Kardinal Richelieu war gewiß ein kluger Kopf, und doch gelang es dem Alchimisten Dubois, ihn und die französische Staatskasse um eine runde Million Franz ärmter zu machen: Dubois gehörte nämlich zu den vielen, die Gold machen konnten! Allerdings war er nicht schlau genug, sich rechtzeitig mit der eschwindelten Summe in Sicherheit zu bringen, und so fand er einen unrühmlichen Tod am Galgen. Im Jahre 1749 wurde der Herzog von Dienne äbel hineingelegt: ein Schwindler, der Diamanten und andere Edelsteine herstellen zu können vorgab, machte sich an ihn heran und beschwindelte ihn nach allen Regeln der Kunst. Dieser Mann aber drückte sich beizeiten. Als man dies erfuhr, ging der Herzog von Dienne schleunigst zu dem Notar, bei dem der Diamantenmacher das versiegelte Rezept seiner Kunst hinterlassen hatte. Er mag ein ziemlich langes Gesicht gemacht haben, als er ein Spottgedicht auf seinen Weiz lesen mußte!

In neuerer Zeit haben die Amerikaner den Gold- und Diamantenmachern vergangener Jahrhunderte erfolgreich ins Handwerk gepfuscht. Im Jahre 1880 trat ein Nikolaus Papasshy in London auf, der ein Verächter, „melele Metalle und andere Stoffe in Silber umzuwandeln“ zu können behauptete. Er fing seine Sache sehr geschickt an und hinterließ bei seinem Verschwinden sehr viele Leidtragende. Noch in ziemlich frischer Erinnerung ist der geistreiche Schwindler des Franzosen Lemoine, der vor sechs Jahren den englischen Diamantenkönig Julius Werber um erlesliche Summen — zwischen ein und zwei Millionen Mark — beschwindelte. Lemoine hatte nämlich ein „chemisches Verfahren zur Herstellung künstlicher Diamanten“ ausgearbeitet und aus begerlichen Gründen mußte nicht nur dem englischen Diamantenkönige, sondern dem ganzen Diamantenhandel viel daran liegen, das Verfahren aufzukaufen. Lemoine verstand es so geschickt, auch die Gelehrtenwelt an der Raie herumzuführen, daß man erst an seinem plötzlichen Verschwinden merkte, er müsse ein gewitzter Schwindler sein.

Neues aus dem Botanischen Garten in Dahlem. Prof. Engler, der Direktor des Botanischen Gartens in Dahlem, hat im vorigen Jahre zwei große Forschungsreisen unternommen, die von der er-

stänlichen Frische und Arbeitsfreudigkeit des 70-jährigen Gelehrten Zeugnis ablegen. Die eine der beiden Reisen führte ihn nach Ostasien und Nordamerika, die andere nach Deutsch-Südwestafrika. Die letzte der beiden Reisen erhielt ihre besondere Bedeutung dadurch, daß Engler aus diesem deutschen Kolonialgebiet eine große Zahl der seltensten nur in jener Gegend eigenen Pflanzen nach Deutschland gebracht und diese in dem Botanischen Garten in Dahlem in Kultur genommen hat. Alle diese Pflanzen sind in einem besonderen Raume, in dem Anbau II des großen Tropenhause, untergebracht worden, und sämtliche Pflanzen haben sich dort in der großartigsten Weise entwickelt. Es sind sämtliche Pflanzen der Sandwästen von Deutsch-Südwestafrika, die in einem Zeitraum von mindestens einem halben Jahre jeglicher Niederschläge entbehren. Alle die Pflanzen mühten verborren, wenn sie nicht über besondere Schutzvorrichtungen verfügten würden. Diese bestehen in erster Linie in einem hollig verdichteten Stamme, der der Pflanze selbst während der längsten Trockenperiode ihre Vegetationsfähigkeit erhält. Da liegt ein Klumpen von der dreifachen Größe eines Kindskopfes, der in seiner Form und in seinem Aussehen sich in nichts von den übrigen zerstreut umherliegenden großen Steinen unterscheidet. Es ist aber kein Stein, sondern der knollenartig verdickte Stamm einer Vitacee (wilder Wein). Tritt nun die Regenzeit ein, so schießen aus dem Klumpen bald sechs bis acht eigenartig geformte Blätter heraus, denen niemand ihre Verwandtschaft mit dem wilden Wein ansehen würde; bald aber zeigt sich die Blüte und die Frucht, und diese weisen ganz die den wilden Weinarten eigenen Formen auf.

Man staunt, wie es möglich ist, daß auf diesen Kalkfelsen und dem Sandboden, wie sie in der Anlage zum Ausdruck gebracht worden sind, Pflanzen fortkommen können. Numeist sind dies Euphorbiaceen und Askladiaceen. Besondere Beachtung verdient hier ein schönes großes Exemplar einer Aloo dichotoma, ferner eine Reihe merkwürdiger fastechnischer Gebilde, die aber zu den Askladiaceen gehören, die eigenartigen Ribbushsträucher, ein ganz seltsames Knollen-Geonum an dessen Blättern man ohne weiteres die Verwandtschaft mit unseren Geonien erkennen kann, und eine einzig dastehende Mimicry (Anpassungs-) Bildung verschiedener Arten der Pflanze Mesambrianthum, deren verdickte Blätter man zuerst nicht entdecken kann, weil sie in der Form und Farbe sich ganz und gar den kleinen den Boden bedeckenden Steinen angepaßt haben.

Sonderbare Regennamen. Die Eigennamen der schwarzen Schönen in Afrika haben manchmal recht droliche Bedeutungen. Pefambiri, ein Fraunennamen, den man bei der Malonde-Regenern in Deutsch-Ostafrika antast, birgt z. B. den Sinn: „Ich bin nur noch zwei Wela wert, die Männerwelt schätzt mich nicht mehr so wie einst.“ Malandisch lautet auch die Erklärung des Namens Kangamana: „Ich habe nichts zu bedeuten, wenn ich etwas sage, höri kein Mensch darauf.“ Ahinaga entspricht dem Senfer: „Ich habe es schiedt“, und das langschöne Ruditwasa hat den schmeichelhaften Sinn: „Man darf nichts geben auf das, was sie sagt.“ Den ebenfalls recht wohlklingenden Fraunennamen Raitimuya hat

Professor Weule, der bekannte Ethnograph, in der folgenden ausführlichen Weise übersezt: „Früher habe ich meinem Manne stets erzählt, wenn mich ein anderer Mann besucht hat. Da er aber immer während wird, lasse ich das Erzählen jetzt und schweige, denn ich bin nun klug geworden.“ Sympathischer klingen zwei andere Malonde-Nachnamen. Mubikaze heißt: „Gibt jedem Durchreisenden zu essen“, bedeutet also „die Gastfreie“. Wamuljosa könnten wir vielleicht mit der friedlichen Aufforderung „Vertrag auch!“ übersezen. Die wörtliche Uebersetzung lautet: „Menschen sind gefährlich!“ Mit diesem Aufse trennt man nämlich streulende Kinder, weil man im Streit einander Uebles zufügen kann, einander gefährlich wird! Selbstbewußtsein wiederum spricht aus dem Namen Aluenege, der ungefähr lauten will: „Er bleibt doch allein bei mir — obwohl er ein zweites Weib nahm, um vor den Leuten groß zu tun!“ Und eine energische Protestkundgebung ist schließlich das geharnischte Kundtwile, dem Sinne nach ein dündiges „Ja will nicht mehr!“ Die ausführliche Erklärung lautet: „Ich will nicht mehr alles allein arbeiten, ich bin dein Sklave nicht! — so sagt die Frau zu einem Manne, der ihr zuviel aufbürdet!“ Daß ein Teil dieser merkwürdigen Eigennamen ursprünglich Spinnnamen darstellte, daß sie bestimmten Ereignissen und Menschencharakteren die Entstehung danken, geht aus ihrem Charakter wohl ziemlich deutlich hervor.

Notizen.

— Kunstchronik. Im Kupferkabinett der Berliner Museen ist das Werk des kürzlich gestorbenen Berliner Malieres Karl Köpping ausgestellt.

— Kaiserliche Waupläne. Die kaiserliche Coulost ist wieder frisch belebt: noch sind die Opernhausentwürfe nicht erledigt, so kommt jetzt wieder eine Rekonstruktion an die Reihe. Im Park von Sanssouci sollen die Warmorkolonaden, die Knobelsdorf für Friedrich II. im sogenannten Reggarten baute, und die dann später für das Marmorpalais verwendet wurden, neu erstehen. Eine historische Raststade! — Das Kolonial-Kriegerdenkmal will trotz der kaiserlichen Eingriffe nicht vom Fleck. Die von S. M. gewünschte Zugiehung von Quailon u. Waul scheint zu scheitern, weil beide für das erste Ausschreiben Schiedrichter waren.

— Alexander Conze, dessen Name mit der Ausgrabung und Erhaltung der pergamentenen Altertümer (jetzt zum Teil in Berlin) verknüpft ist, starb im 84. Lebensjahre in Garmisch. Er wirkte lange Jahre als Direktor der Sammlung antiker Skulpturen in Berlin. Die Frieße des pergamentenen Altars sind für die Kenntnis der spätgriechischen Kunst und Kultur (3. und 2. Jahrhundert v. Chr.) von entscheidender Bedeutung. — 2500 weibliche Geistliche in den Vereinigten Staaten. Nach einer neuen Statistik zählen die Vereinigten Staaten gegenwärtig bereits 2500 Frauen, die als Geistliche, Prediger und Seelsorger beamtet sind. Die erste Frau wurde 1850 als Pfarrer der Kirche von South Butler in New Jersey angestellt.



ein Wohnrecht der Vergarbeiter, sondern um ein urkundlich verbrieftes Recht, wie die im Jahre 1824 erlassene Knappschaftsordnung für die Bergleute in der westfälischen Raub und im Essen-Berdenische bewies. Die Verhältnisse sind jedenfalls im Fortschritt, wie die hohen Zahlen für Wohlfahrtsvereine zusammenkommen, mit denen die Unternehmer näher in der Öffentlichkeit paradiere und sich selbst beweihräuchern.

## Ausland.

### Kongress der niederländischen Gewerkschaften.

Am Montag, den 20. Juli, wurde der zweijährliche Kongress der Gewerkschaftszentrale in Amsterdam eröffnet. Unter den ausländischen Gästen befanden sich Legation von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Mertens von der belgischen Gewerkschaftszentrale und Poutsma, der südafrikanische ausgewiesene Arbeiterführer. In seiner Eröffnungsrede begrüßte der Vorsitzende Dubogesch diese Gäste und wies darauf hin, daß der Kongress unter überaus günstigen Verhältnissen abgehalten werde. In den letzten zwei Jahren ist die Mitgliederzahl der der Zentrale angeschlossenen Gewerkschaften mit 62 Proz. bis an die 90 000 gewachsen. In einem Jahre wurden 306 000 Gulden an Streikunterstützung ausgezahlt. Die evangelische „neutrale“ und anarchische Gewerkschaft sind zu bedeutungslosen Sektens zusammengedrückt, nur die katholische Gewerkschaftsbewegung weist ein beträchtliches Wachstum auf. Trotzdem hat jetzt unsere Zentrale anderthalbmal so viele Mitglieder als die vier anderen zusammen. Insbesondere rühmte der Redner das gute Einberufen, in dem die Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei stehen.

Der Proteststreik der russischen Arbeiter gewinnt immer mehr an Umfang. Nach amtlichen Feststellungen ist die Zahl der Streikenden in Petersburg auf 110 000 gestiegen. Sie trugen rote Flaggen umher, langen revolutionäre Lieder, störten den Straßenbahnverkehr, bewarfen die Polizei mit Steinen und verletzten drei Polizeioffiziere, fünf Revieraufseher und elf Schutze. In einigen Fällen feuerte die Polizei Revolvergeschosse, um die Menge zu zerstreuen. Es wurde dabei niemand verletzt. 45 Arbeiter wurden verhaftet. Im Wiborger Stadtteil veranlaßten mehrere tausend Ausländer eine Versammlung. Als die Menge die Aufforderung der Polizei, auseinander zu gehen, mit Steinwürfen beantwortete, wurden Kosaken herbeigeholt. Nach dreimaliger Aufforderung, auseinander zu gehen, gaben die Kosaken zweimal blinde Schüsse ab, worauf die Arbeiter sich zerstreuten. An anderer Stelle hielten die Streikenden wieder Straßenbahnwagen an und zwangen das Publikum, aussteigen zu lassen, worauf die Wagen umgestürzt wurden. An verschiedenen Punkten wurden etwa zwanzig Wagen umgestürzt. In Moskau ist der Straßenbahnverkehr wegen des Proteststreiks der Arbeiter der elektrischen Stromleitung eingestellt.

## Der Caillaux-Prozess.

(Telegraphischer Bericht.)

Auch heute ist der Schwurgerichtssaal von einer dichten Menge belagert, die Einlaß bittet oder wenigstens die Hauptakteure des forensischen Dramas, das sich vor den Geschworenen entrollt, zu sehen wünscht.

Gleich der erste Zeuge, der aufgerufen wird, der Romanist Paul Bourget, führte in die literarisch-politische Atmosphäre, in der sich Calmette zu bewegen pflegte, ein.

Hatte die Vernehmung Bourgets bereits die nötige Spannung geschaffen, so sollten die Aussagen der folgenden Zeugen, der Redakteure Poncetton und Berr vom „Figaro“, die erste wirkliche Sensation des Prozesses bringen, da sich gerade die Aussagen dieser Zeugen, die allgemein für die schärfsten Belohnungszeugen gelten, für die Angeklagte außerordentlich günstig auswirkten. In der Voruntersuchung war immer nur behauptet worden, daß Calmette ein Portefeuille bei sich getragen habe, in dem sich die kompromittierenden Briefe nicht befunden hätten.

Labori fragte Poncetton, ob er dabei gewesen sei, wie man die Taschen des schwerverwundeten Calmette geleert habe. Poncetton gab dies zu und erklärte, daß er nur das fragliche Portefeuille gesehen habe. Berr dagegen, der nach Poncetton vernommen wurde, erklärte, sich deutlich zu erinnern, daß außer dem Portefeuille aus anderen Taschen des Jacketts, das Calmette getragen habe, Briefe und andere Dokumente herausgenommen worden seien. Da Calmette die Gewohnheit hatte, alle wichtigen Schriftstücke stets bei sich zu tragen, weist Labori mit viel Temperament auf diesen Widerspruch hin.

Der Erfolg, den Labori für seine Klientin erzielt, steigert sich noch bei der Vernehmung des nächsten Zeugen, des gegenwärtigen Direktors des „Figaro“, Prestal. Von dem Verteidiger durch geschickte Kreuz- und Querfragen in die Enge getrieben, gibt Prestal zu, daß er

verschiedene Calmette gehörige Briefschaften verbrannt habe, die er aus den Taschen des Ermordeten genommen habe. Gleichsam sich entschuldigend, sagt er jedoch hinzu, daß diese Briefe höchst unschuldiger Natur gewesen seien.

Sodort fällt ihm Labori in die Parade und fragt ihn, warum er denn Briefe, die völlig unschuldig seien, verbrenne.

Prestal kann darauf nichts antworten.

Sowohl im Zuschauertraum wie auf der Richterbank und auf der Tribüne der Geschworenen kann man den sichtbaren Eindruck erkennen, den der Gang der Verhandlung gemacht hat.

Nach Prestal werden noch einige weitere Angestellte des „Figaro“ vernommen, deren Aussagen jedoch belanglos ist und um 1/2 Uhr macht der Vorsitzende eine halbaktuelle Pause.

Das Hauptmoment der Nachmittags-Sitzung, die kurz nach 3 Uhr ihren Anfang nimmt, ist

### die Vernehmung Caillaux'.

Der Präsident will zuerst Caillaux den Schwur abnehmen, bemerkt jedoch sein Versehen und gibt ihm, ohne ihn zu verurteilen, das Wort. Der Vorsitzende wünscht zuerst von Caillaux Auskunft über sein Verhältnis zu seiner ersten Gattin, der jetzigen Madame Guedan. Caillaux antwortet auf die ihm vorgelegten Fragen mit Prägnanz, bringt jedoch zunächst nichts hervor, was nicht dem Publikum schon bekannt ist.

Das Verhör Caillaux wird interessant, als er auf die ihm entwendeten Briefe zu sprechen kommt, die eine so große Rolle in dem politischen Drama, dem Calmette zum Opfer gefallen, spielen sollten. Die ersten Nachrichten von der baldigen Veröffentlichung der Briefe erhielt er durch die Feinschmeckerin Guedera. Er hat dann mit dem damaligen Kabinettschef Barthou eine längere Rücksprache gehabt, in der dieser ihm erklärte, wie er sich genau erinnere, daß die Veröffentlichung doch ausgeschlossen sei, denn sein Journalist, der einen Funken von Ehrgefühl besitze, würde eine derartige Infamie begehen, Privatbriefe derartigen Inhalts zu veröffentlichen. Nichtsdestoweniger sei die Veröffentlichung des Briefes, der mit „Ton Jo“ unterzeichnet war, und der aus dem Jahre 1901 stammte und an Caillaux' erste Gattin, die jetzige Mme. Guedan, gerichtet war, geschehen.

Die Bekanntheit dieses Briefes durch den „Figaro“ wirkte in dem Caillaux'schen Haushalt wie eine Bombe. Frau Caillaux erzählte an dem Morgen, an dem der „Figaro“ den Brief reproduzierte, in der größten Aufregung im Schlafzimmer des Ministers mit der Zeitung in der Hand. Sie erklärte, daß die Veröffentlichung der übrigen Briefe, deren Kopien sie in den Händen Frau Guedan hatte, unmittelbar bevorstehe. Caillaux versuchte alles, um seine Frau zu beruhigen und sprach noch am gleichen Tage mit dem Präsidenten Poincaré. Er gibt zu, in einem Augenblick der höchsten Aufregung dem Staatschef erklärt zu haben, er werde Calmette töten.

Caillaux wendet sich dann dem Unglückstage, dem 16. März, zu. Noch am Morgen des Tages habe seine Frau ihm vorgeworfen, sie völlig schuldig ihren Feinden auszuliefern. Er erklärte, er habe alles getan, was in seiner Macht stand, um seine Gattin, die sich

in einem Zustand der allerhöchsten Aufregung befand, zu beruhigen. „Ich sagte ihr“, so fährt Caillaux fort, „ich werde Calmette alle Knochen im Leibe zerhacken.“

„Wißt Du heute noch zu ihm gehen?“ fragte mich meine Frau. „Nein“, sagte ich, „die Stunde ist noch nicht gekommen, aber sie wird bald da sein.“

Wir frühstückten alsdann, meine Frau ah wenig und befand sich in großer Anruhe. Sie bat mich, sie von dem Diner bei dem italienischen Kochhoffer Littori, zu dem wir geladen waren, zu dispensieren. Ich redete ihr gut zu und erklärte ihr, ich würde in den Senat gehen.

Zur dramatischen Wucht steigerte sich die Vernehmung Caillaux', als er auf den Leidensweg zu sprechen kommt, den er und seine Frau in den Wochen vor der Verübung der Tat zu gehen hatten. Diese Bewegung durchdringt seine Stimme, und der geschickte Debattier stockt und scheint nach Worten zu suchen, als er tief wegsinkt in den Saal ruht:

„Ich klage mich an, dem Seelenzustand meiner Frau nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt und nicht zur Zeit eingesehen zu haben, wie tief sie während der ganzen Kampagne gelitten hat. Wenn ich besser verstanden hätte sie zu beurteilen, hätte ich niemals die Drohworte gesprochen, die sie beruhigen sollten, die aber nur die entgegengesetzte Wirkung hatten.“

Ich klage mich an, mir nicht die Leiden klar gemacht zu haben, die sie durchmachte. Aber wie schwer ist es auch in einer menschlichen Seele zu lesen!“

Bei diesen Worten übermannt die Mühnung den Minister und er bittet den Vorsitzenden eine kurze Pause eintreten zu lassen, da er sich zu angegriffen fühle, um sofort weiter reden zu können. Der Vorsitzende verlegt die Sitzung auf 20 Minuten.

Um 1/2 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet und mit dem Verhör Caillaux' fortgesetzt. Caillaux benützt die Gelegenheit, um sich von allen den Vorwürfen zu reinigen, die von seinen politischen Gegnern, die vor seiner persönlichen Ehre und der seiner Gattin nicht Halt gemacht haben, gegen ihn erhoben worden sind.

Wie ist eine solche Kampagne mit solcher Hartnäckigkeit und solchem Haffe geführt worden, so ruft er aus.

„Aber woher stammt diese Leidenschaft?“ Weil ich der Ansicht bin, daß das Interesse des Staates eine Steuerreform verlange.“ Die Gegner dieser Reform hätten jedes Mittel versucht, um den Mann auf die Knie zu zwingen, der gegen ihren Willen eine Steuerreform herbeizuführen bestrebt gewesen.

In der Verteidigung meiner persönlichen Interessen werde ich jedoch den Schutz der nationalen Interessen nicht aus dem Auge lassen“, so erklärt Caillaux, „als ehemaliger Chef der Regierung werde ich von gewissen Dokumenten nicht sprechen, deren Bekanntgabe dem Lande einen empfindlichen Schaden zufügen könnte.“

Diese Erklärung Caillaux' erregt die lebhafteste Aufmerksamkeit, da der ehemalige Minister auf das sogenannte „grüne Dokument“ anspielt, das bereits so oft erwähnt wurde und dessen Veröffentlichung geradezu verheerende Wirkungen für eine große Anzahl Politiker haben würde, die nicht gerade zu den guten Freunden Caillaux' zählen.

Um 1/2 Uhr wird die Sitzung auf morgen verlegt.

## Soziales.

### Verfälschte Spekulation.

Mit einer Terrorismuslüge suchte der Tischler Fiebelkorn gestern vor dem Innungsschiedsgericht seine Verurteilung abzuwenden.

Er hatte einen angefangenen Afford liegen lassen. Dem tariflichen Uebereinkommen gemäß machte nun die Firma B e s t e r m a n n und G a d e r einen Schadenersatzanspruch von 21,60 geltend. Der Beklagte behauptete, er sei, ohne den Arbeitsnachweis zu passieren, eingestellt worden. Aus diesem Grunde hätten ihn die organisierten Kollegen hinausdrängen müssen.

Er sei schwer bedroht und dadurch gezwungen worden, die Arbeit aufzugeben. Gefragt, wer ihn bedroht habe, wußte er keine Antwort zu geben.

Das Innungsschiedsgericht schätzte die Angaben des Beklagten richtig ein und verurteilte ihn zu 21,60 Mk. Schadenersatz.

### Ländliche Sittenzustände.

Auf dem Gut des Herrn Schurig in Egin (Kreis Ostholländ) ist eine Kolonie von 24 Schmittern beschäftigt: 13 Mädchen und Frauen, 5 Burichen, 4 Männer sowie der Vorschnitter mit seiner Frau. Diese 24 Personen schlafen in Räumen, die durch feuerfeste Türen getrennt sind. Vergeblich verlangte der Vorschnitter, es sollten Türen eingebaut werden, damit dem nächsten Unfug Einhalt geschehe. Als Antwort belegte der Inspektor die Räume mit noch drei Männern. — Auch das Anrufen des Gutbesizers war fruchtlos. Der Vorschnitter erklärte darauf, daß er den Dienst verlassen müsse, wenn die Schlafräume nicht der Gesundheit und Sittlichkeit entsprechend hergestellt würden. Der Besitzer stellte dem Vorschnitter anheim, zu gehen. Das tat er. Auf Grund der §§ 618 Abs. 2 und 628 des Bürgerlichen Gesetzbuchs wird er seine Schadenersatzansprüche geltend machen.

Der Fall hat als fast typischer Fall für die Sittlichkeitsverhältnisse auf dem Lande Bedeutung. Der Gutsherr ist nach § 618 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs verpflichtet, die Schlafräume so einzurichten, daß auf die Gesundheit und Sittlichkeit die erforderliche Rücksicht genommen wird. Hier wird den Polizeivorschriften entgegen breiteste Gelegenheiten zur Ausübung der Unzucht gegeben und dem Arbeiter, der sich hiergegen auslehnt und ein ruhiges, mindestens durch Türen für die verschiedenen Geschlechter getrenntes Schlafgemach verlangt, anheimgestellt, den Staub von seinen Füßen zu schütteln.

Sind dem um das Nachtleben in Berlin so besorgten Minister des Innern solche Zustände bekannt? Ist ihm insbesondere bekannt, ob in solchen Fällen dem klaren Borklaut der §§ 180, 181 R.-Str.-G.-B. entsprechend wegen Kuppelei gegen den Besitzer und Inspektor eingeschritten wird? Ferner: weshalb in Egin weder Polizei noch Staatsanwaltschaft bislang wegen Kuppelei vorgegangen sind?

### Vom Bauschwandel.

Im Auftrage des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe hat Regierungsrat Dr. Hopfer eine Denkschrift über Verluste der Bauhandwerker und Lieferanten bei Neubauten verfaßt. Die Erhebung beschränkt sich räumlich auf Groß-Berlin, zeitlich auf die Jahre 1909 bis 1911.

Das vorgelegte Material läßt deutlich erkennen, daß der Bauschwandel sehr läppig geblieben ist. Anders lassen sich nämlich die nachgewiesenen Verluste kaum erklären. Man kommt zu der Ueberzeugung, daß bei der Inangriffnahme einer Reihe von Bauten schon bei einem oder mehreren Beteiligten die Absicht bestand, Bauhandwerker und Lieferanten zu betrügen. Und es wird täglich betrogen. Abgesehen von den öffentlichen Bauten erfährt die Statistik für 1909 bis 1911 insgesamt 6962 Neubauten. Geringwertige Bauten, wie Schuppen, sind nicht berücksichtigt worden. Der Gesamtwert der berücksichtigten Gebäude ist auf 1154 Millionen Mark berechnet worden. Von dieser Summe entfallen 978 Millionen

Mark auf 5252 Mietwohnhäuser. Bei nicht weniger als 2518 Häusern oder fast 41 Proz. der Gesamtheit sind Verluste angemeldet worden, die mit insgesamt 20 1/2 Millionen Mark 1,78 Proz. der Neubauten ausmachen. Von den hier in Betracht kommenden Häusern wechselten 1387 in Zwangsversteigerungen den — nominellen Besitzer. Hierbei entstanden für Handwerker und Lieferanten 12 1/4 Millionen Mark Verluste. Die Annahme findet Bestätigung, daß der Bauschwandel vornehmlich bei der Errichtung von Mietshäusern sein Unwesen treibt, viel weniger macht er sich bei dem Bau von Villen, Geschäften und Fabrikgebäuden bemerkbar. Eine Reihe von Betrieben hat infolge der Verluste nicht weiter existieren können. Besonders schwer geschädigt erscheinen die Materiallieferanten. Leider ist nicht ermittelt worden, und kann vollständig auch wohl nicht festgestellt werden, um welche Summen Bauarbeiter betrogen worden sind.

Der Verfasser der Denkschrift kommt zu der Auffassung, daß der Bauschwandel in seinen verschiedenen Formen nicht so allgemein, wie man in Handwerkerkreisen behauptet, als Ursache des Verlustes zu betrachten sei. Der Hauptgrund der Verluste sei die — Ueberproduktion von Bauten, die eine Insofaldenz zurechtlicher oder leiblich zurechtlicher Unternehmer hervorbringe. Es ist nicht ganz klar, was sich der Herr Regierungsrat dabei gedacht hat. Wodurch wird der „zurechtliche“ Unternehmer denn insolvent? Doch dadurch, daß der wirkliche Unternehmer, die geldgebende Bank und der Hypothekengläubiger, der oft der Vorbesitzer des Grundstücks war, zur rechten Zeit die Vergabe von Baugeldern einstellt, Akkorde oder Substationen erzwingt. Das passiert bei den „Soliden“, viel allgemeiner jedoch bei den Strohmännern der wirklichen Unternehmer.

Der Bauschwandel, eine der übelsten Blüten am Baum des Kapitalismus, wäre unmöglich, wenn der Grund und Boden der Spekulation entzogen und der Wohnungsbau durch die Gemeinden betrieben würde.

## Aus aller Welt.

### Der Todesritt.

Das Thüringische Husarenregiment Nr. 12 aus Torgau, das sich auf dem Marsch nach dem Truppenübungsplatz Warthelager bei Bosen befindet, setzte gestern vormittag von 8 Uhr ab bei Pollenzig über die Oder. Bei einer Buhne gerteten gegen 1/2 12 Uhr vier Husaren in ein tiefes Loch und gingen samt den Pferden unter. Zwei Husaren konnten sich alsbald aus Ufer retten. Der Husar Koch war in ein 5 bis 6 Meter tiefes Loch geraten und wurde von dem Witzewachtmeister d. R. von Harnack, einem Sohn des Professors Harnack in Berlin, aus dem Wasser geholt, doch war der Tod bereits eingetreten. Bei dem vierten Husaren waren die angestellten Wiederbelebungsversuche von Erfolg.

Zu dem Unfall bei Pollenzig an der Oder wird noch gemeldet: Als die 1. Eskadron des Husarenregiments Nr. 12 bereits wieder abgerückt und in Messow eingetroffen war, bemerkte man das reitende Pferd des Husaren Graf. Die Vermutung, daß er bei Pollenzig ertrunken sein könnte, bestätigte sich bald. Seine Leiche wurde im Laufe des Nachmittags an der Unglücksstelle gefunden. Das Unglück hat somit zwei Opfer gefordert.

### Wieder ein Lustmord.

Gestern nachmittag gegen 1 Uhr wurde in Großdorf (Sachsen-Altenburg) in einem Gaserfeld die sieben Jahre alte Tochter Erna des Gutsbesizers Landmann ermordet aufgefunden. Das Mädchen hatte ihre im Krankenhause in Ronneburg befindliche Mutter besucht und ist auf dem Heimwege vermutlich von einem Mafahrer, nach dem man fahndet, in ein Feld geschleppt und dort getötet worden.

### Eisenbahn-Unfälle.

Gestern vormittag nach 9 Uhr stießen in dem kleinen Tunnel zwischen Dörrberg und Schöberg bei Arnstadt zwei zusammengelassene leer laufende Maschinen mit einer aus entgegengekehrter Richtung kommenden Maschine zusammen. Zwei Lokomotivbeamte wurden schwer, drei leicht verletzt. Der Materialschaden ist erheblich. Der Verkehr wird durch Unstetigen aufrecht erhalten.

Ein zweiter Eisenbahnunfall ereignete sich nachmittags, kurz nach 3 Uhr zwischen Dörrberg und Gräfenroda, wo der Betrieb infolge des Lokomotivzusammenstoßes zwischen Wehberg und Dörrberg nur einseitig aufrechterhalten wurde. Aus noch unauflöslicher Ursache fuhr ein Personenzug auf einen haltenden Güterzug, wobei eine Frau leicht verletzt und ganz erheblicher Materialschaden angerichtet wurde. Die Strecke ist teilweise ganz gesperrt. Der Verkehr wird über Eisenach — Themat — Jena geleitet.

### Graufiger Leichenfund bei Nizza.

Auf einer Felsenklippe in der Nähe von Nizza fand ein Fischer, der hier seine Reize auswarf, eine stark in Verwesung übergegangene Leiche. Nach der Ansicht der Ärzte, die mit der sofort alarmierten Polizei zusammen erschienen, ist es wahrscheinlich, daß die Leiche seit einigen Monaten an einer anderen Stelle verfaulen war und erst vor einigen Tagen auf die Felsenklippe gebracht wurde. Die Nizzaer Zeitungen und auch die Polizei sind der Ansicht, daß die aufgefundenen Leiche die des am 26. März 1913 auf rätselhafter Weise verschwundenen jungen ungarischen Bankiers Ernst Havas ist. Es wurde damals angenommen, daß Havas, der stets große Geldbeträge bei sich trug, in die Wohnung einer Halbweilidome gelockt und dort ermordet wurde. Es gelang aber nicht, seine Leiche aufzufinden. Erst vor einigen Tagen wurde auf die Auffindung eine Belohnung von 80 000 Fr. ausgesetzt.

### Keine Notizen.

**Bergweiskung.** Der 34jährige Schneider August Rutschera in Wien brachte seinen beiden Anaben im Alter von fünf bzw. drei Jahren Messerische bei und verletzte sich selbst tödlich. Der ältere Anabe starb an den Verletzungen, der jüngere sowie der Vater liegen im Sterben. Arbeitslosigkeit soll den Rutschera zu der Tat veranlaßt haben.

**Automobilunfälle.** Bei Mährisch-Odrau fuhr ein Automobil gegen eine Telegraphenstange und wurde mit furchtbarer Wucht gegen einen heranfahrenden Zug der Montanbahn geschleudert. Dem Chauffeur wurde der Kopf vom Rumpf getrennt. Ein Insasse wurde durch Ueberfahren getötet und ein zweiter schwer verletzt. — Wie aus Galat auf den Kanarischen Inseln gemeldet wird, sind durch den Sturz eines Automobils in einen Abgrund sieben Personen getötet, 12 lebensgefährlich und 20 schwer verletzt worden.

Die Cholera in Rußland. Im Gouvernement Sobolien sind bis heute an Cholera 213 Personen erkrankt und 49 gestorben. Zwei Personenzüge sind bei Toulouse zusammengestoßen. Vier Wagen wurden zertrümmert, sechs Reisende getötet und etwa dreißig verletzt.











Der Lustmord in Neukölln.

Der mutmaßlich alleinige Mörder der vierjährigen Margarete Rapp, genannt Sprenger, aus der Wirtshausstraße 13 zu Neukölln wurde gestern vormittag abermals eingehend verhört. Er blieb aber bei seiner Darstellung, die er in der Nacht zuletzt gemacht hatte. Danach hat er seinem Freund Werner zwei kleine Mädchen, die vierjährige Margarete Rapp und das dreijährige Töchterchen eines anderen Hausbewohners, auf seinen Wunsch hin in seiner Wohnung geführt. Werner habe, während er das andere Kind wieder mit einigen Pfennigen fortgeschickt habe, weil es ihm nicht gefiel, sich an der kleinen Rapp vergangen und ihr aus dem Stuhl mit dem aufgefundenen Messer beigebracht. Er sei, während dies geschah, in dem Garten gewesen. Als er wieder hereingekommen sei, habe das Kind aber noch gelebt und er habe nun den Strick, der um seinen Hals lag, noch fester zugezogen. Werner er, hätten sich dann kurz nacheinander entfernt. Er habe auf der Straße die Bekanntheit eines Mädchens gemacht und es mit in seine Wohnung genommen. Die Adresse des Mädchens, die dies auch belunden könne, habe er sich auf einen Zettel geschrieben, der sich noch in der Wohnung befinde. Die kleine Leiche habe er vergraben, während das Mädchen am Morgen fest geschlafen habe.

Gestern vormittag nun wurde, da Beständig keine Aussagen nicht ändern wollte, das dreijährige Mädchen, das bei ihm gewesen sein wollte, befragt. Es gab an, in der Wohnung Beständig gewesen zu sein und dort neben Schokolade auch einige Pfennige erhalten zu haben. Auch sprach die Kleine davon, daß noch ein anderer „Onkel“ dagewesen sei. Die Vernehmung gestaltete sich jedoch sehr schwierig und glaubt die Neuköllner Kriminalpolizei, auf diese Aussagen nichts geben zu können. Die Durchsuchung der Wohnung Beständig nach dem Zettel mit der Adresse des Mädchens, das bei ihm übernachtet haben soll, war vergebens. Ueber Werner lagte Beständig noch, daß dieser die Absicht ausgesprochen habe, nach Hamburg zu fahren, um zu versuchen, von dort nach Amerika zu entkommen.

Die Neuköllner Kriminalpolizei hat bisher für die Mittäterschaft des angeklagten Werner noch keine Anhaltspunkte gefunden, die diese wahrscheinlich machen. Sie steht immer noch auf dem Standpunkt, daß Beständig die schreckliche Tat allein begangen hat. Die Frau des Verhafteten, die sich in Brandenburg befindet, konnte noch nicht vernommen werden.

Im Laufe des gestrigen Vormittags haben sich verschiedene Männer gemeldet, die Werner heißen, es war aber keiner unter ihnen, der der Freund und Spielgefelle Beständig ist. Von „Werner“ gibt der Verhaftete jetzt auch eine Beschreibung. Danach ist dieser 1,70 bis 1,80 Meter groß, 33 Jahre alt, hat eine schlankte Figur, ein schmales blaßes Gesicht, blondes Haar, einen brannen, nach oben gedrehten Schnurrbart und auf der rechten Wange eine Narbe. Auf dem linken Unterarm hat er eine Tätowierung, die eine schwebende Jungfrau am Trapez darstellt und eine Schlange, die sich vom Handgelenk nach dem Daumen zieht. Auf dem rechten Oberarm hat er ein Medaillon tätowiert, das ein Mädchenkopf zeigt. Bekleidet gewesen ist er mit einer hellgestreiften Hose, dunklem Jackett und Weste, schwarzen Schnürschuhen, einem schwarzen steifen Hut und einer Stehummantel, einen schwarzen schwarzen Schleife. An der linken Hand trägt er einen Siegelring. Obwohl die Kriminalpolizei auch trotz dieser genauen Beschreibung des „Mittäters“ den Angaben Beständig keinen Glauben schenkt, hat sie für alle Fälle doch sofort telegraphische Nachrichten nach Hamburg gegeben, da Beständig behauptet, daß er von dort nach Amerika wolle und, wie er jetzt noch hinzusetzte, auch über genügende Geldmittel verfüge.

Ueber das Mädchen, das er mit in die Wohnung genommen und beherrschert haben will, obwohl die kleine Leiche der Margarete Rapp in einem Sack in einer Ecke der Stube gelegen habe, sagt er noch aus, daß er dies in der Hermannstraße weinend angetroffen habe. Er sei auf das Mädchen zugegangen, habe es gefragt, was ihm fehle, und als dies erzählt habe, daß es aus Lindenwalde stamme, aber sein Kellergeld nach dort verloren habe, sich bereit erklärt, ihm Unterkunft zu gewähren. Die Weinende habe sich damit auch einverstanden erklärt. Als ihren Namen gibt er Anna Roth an. Mitgenommen haben will er sie nach seiner Aussage hauptsächlich darum, weil er sich allein in der Wohnung gefürchtet habe.

Der Mörder der kleinen Margarete Rapp wurde gestern abend, nachdem er bei einem abermaligen Verhör bei seiner letzten Darstellung geblieben war, dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Seine Frau lebte gestern nachmittag aus Brandenburg zurück und wurde gleich von Kriminalbeamten nach dem Neuköllner Polizeipräsidium gebracht. Auf die Frage nach dem Freund Werner, den sie nach Bekundungen ihres Mannes ebenfalls kennen sollte, erklärte sie, von ihm nichts zu wissen.

Parteiangelegenheiten.

Neukölln. Mittwoch, den 22. Juli, abends 8 Uhr, bei Wirtshaus, Hermannstr. 49: Zusammenkunft der Jugendsektion. Vortrag des Gen. Schaarschmidt über: „Ferdinand Lassalle“.

Brix-Budow. Am Sonnabend, den 1. August 1914, wird die Vibliothek bis auf weiteres geschlossen und müssen die ausgeliehenen Bücher bis dahin zurückgegeben werden. In Bibliotheksangelegenheiten wende man sich an Paul Hase, Brix, Pflanz-Allee 43 I.

Die für heute angelegte Verammlung findet an einem noch bekannt zu gebenden späteren Tage statt.

Teltow. Heute abend 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung.

Berliner Nachrichten.

Mehr Freibadegelegenheit!

Man schreibt uns: Wenn das Sechstageremmen des Arbeiters am Sonnabend endigt und er nun 36 Stunden der mühsigen, dumpfen Fabrik oder der staubigen Werkstatt entfliehen kann, so ist es bei dieser Tropenhitze natürlich und erklärlich, wenn er mit Kind und Regel hinausplügend in den schattigen Wald oder an den kühlenden Strand. Wie oft ist an dieser Stelle schon der fühlbare Mangel an wirklichen „Frei“bädern hervorgehoben worden, leider ohne genügenden Erfolg.

Warum gibt man nicht alle Seen und Wasserläufe in der nächsten Umgebung der Stadt frei, wenigstens soweit sie sich zum Baden eignen? Warum werden an einzelnen Stellen Zehntausende Menschen zusammengepfercht und warum wird noch eine besondere Steuer in Form von Eintrittsgeld erhoben? Die weiße Obrigkeit wird antworten: das geschieht zum Schutz des Publikums selbst. Ja, hat man denn schon jemals gehört, daß ein Gendarm die an unerlaubter Stelle

Badenden vor Unfall bewahrt oder Ertrinken gerettet hätte? Das Gegenteil ist eher der Fall. Die Badenden wollen durch das Erscheinen der Gendarmen ein Strafmandat nicht riskieren, und so gefährden sie Leben und Gesundheit durch längeres Verweilen im Wasser; mancher hat sogar bei dieser Verfolgung den Tod erlitten.

Was für Verdienste würde sich die Polizei um das Wohl der Menschheit erwerben, wenn sie z. B. auf dem Schlachtfeld der Arbeit eine strengere Aufsicht zwecks Innehaltung der Vorschriften zur Vermeidung von Unglücksfällen üben wollte. Täglich ereignen sich im Dienste des Kapitals die gräßlichsten Unfälle, fortgesetzt werden gesunde blühende Menschen vernichtet oder zum Krüppel geschlagen, aber von strengeren Maßnahmen hört man da nie etwas. Wenn jemand an einer nicht erlaubten Stelle badet, so erhebt sich ein Geschrei: Verbotstafeln werden angebracht und womöglich noch ein Schutzmännchen dabei gestellt. Verbot und Strafe, das ist die Quintessenz des Polizeigeistes.

So soll sich vor acht Tagen im Tegeler See fegender Unfall zugetragen haben. Ein Mann, dem Ertrinken nahe, wurde von einem Schwimmer bemerkt. Schon hatte er den Arm des Versinkenden erfaßt, da erscholl der Schreckensruf: der Gendarm, der Gendarm! Die Angst vor der Polizei und dem drohenden Strafmandat war leider größer als das edle Pflichtgefühl, ein Menschenleben zu retten; er brachte sich selbst in Sicherheit und jener ertrank.

Eine jener Stätten, wo Tausende Arbeiter Sonntags Ruhe und Erholung suchen, ist die Insel Baumwerder. Um zu ihr zu gelangen, muß man natürlich überlegen, doch ist dasselbe Privatvergnügen streng verboten. Es befindet sich wohl ein Bootverleihschiff in der Nähe, doch wird von jenem 15 Pf. pro Person erhoben. Bei der doppelten Fahrt und einer starken Familie ist das aber unerschwinglich. Nun haben sich durch langes Bekannntsein Fremde und Nachbarn, auch Verwandte bereit erklärt, die im Besitz eines Bootes sind, das Ueberseefahrt zu besorgen; aber mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, sucht die Gendarmrie dieses zu verhindern und mit Strafen vorzugehen. Es wird sogar mit der Fortnahme des Bootes gedroht. Solange die Insel im Privatbesitz war, übten die Gendarmen dort eine rücksichtslose Herrschaft, man verlangte sogar, daß auch die Männer ein geschlossenes Badestadium anlegen sollten. Um die Ordnung auf der Insel aufrechtzuerhalten und der Obrigkeit keinen Anlaß zum Einschreiten zu geben, bildete sich bald ein Verein der Naturfreunde, der selbst alles überwacht und etwaigen Unlug verhindert, es ist auch noch nie die geringste Klage laut geworden. Der Verein hat sogar leghin ein Fest veranstaltet, von dessen Uebersehau, wie es heißt, Abortanlagen geschaffen werden sollen, um auch den hygienischen und öffentlichen Ansprüchen zu genügen. Da die Stadt Berlin als jegige Besitzerin unter gewissen Bedingungen den Aufenthalt gestattet hat, ist das Vorgehen der Gendarmen jetzt weniger angebracht als früher, sie richten aber nun ihr Hauptaugenmerk auf das Uebersehen. So harrten am letzten Sonntag Tausende von Ausflüglern stundenlang am Ufer, um nach dem Festlande zu gelangen, doch vor der Insel kreuzte ein Polizeiboot und verhinderte jedes Uebersehen, während am jenseitigen Ufer zwei Gendarmen etwaige Sünder erwarteten. Erst als die Dunkelheit hereingebrochen, konnte mit dem Uebersehen begonnen werden, allerdings an einer weit abgelegenen, im Schiff verdeckten Stelle. Der Ansturm auf die Boote war naturgemäß enorm, alle Boote waren überfüllt. Wie leicht hätte sich hier eine Katastrophe abspielen können.

Welche Zwecke verfolgen nun die Behörden und ihre Organe mit solchen unbegreiflichen Maßnahmen? Will man der Bevölkerung durch solche Kleinlichen, schändlichen wirkenden Verbote den Aufenthalt im Freien erschweren?

Welches Gesetz verbietet einem Bootbesitzer das Mitfahren bezw. Uebersehen von befreundeten Familien und Gästen und ist es strafbar, wenn ein Fremder aus Dankbarkeit für das Rahnfahren manufordert ein Trinkgeld gibt? Hat die Polizei an Ansehen noch viel zu verlieren, daß sie solche Nadelstichpolitik treibt und muß sie stündlich den Bewohnern vor Augen führen, in welcher Abhängigkeit und Unfreiheit sie sich befinden? Wann endlich kann auch einmal ein Preuße in den Genuß und freien Gebrauch von Licht, Luft und Wasser gelangen?

Ein Steuerstreit. Der Fortbildungsschullehrer Neubauer zu Mahlsdorf klagte gegen den Gemeindevorsteher von Mahlsdorf auf Herabsetzung der Gemeinde-Einkommensteuer, indem er das ältere Kommunalsteuerprivileg gemäß der Verordnung von 1867 für sich in Anspruch nahm und danach nur mit der Hälfte seines Dienstverdienstes als Fortbildungsschullehrer zur Gemeindesteuer herangezogen werden wollte. Dies Privileg steht u. a. den Elementarlehrern nach zu, die bereits vor dem 1. April 1909 im Amte waren. Kläger behauptete, als Fortbildungsschullehrer sei er „Elementarlehrer“.

Die Klage wurde abgewiesen und das Oberverwaltungsgericht bestätigte das Urteil. Es sprach aus, daß zwar die Lehrer an Vlltich-Fortbildungsschulen Beamte seien, daß sie aber nicht als Elementarlehrer im Sinne der Verordnung von 1867 anzusehen wären.

Die älteste Frau Berlins.

Sie heißt Auguste Heinrichs, wohnt in der Fiondlichstraße, ist 102 Jahre alt und das „Berliner Tageblatt“ hat ihr kürzlich einen gefühlvollen Artikel gewidmet.

Ueber Berlin ist sie nie hinausgekommen; stetig ist für sie der äußerste Punkt der bewohnten Erde geblieben. Es fehlte ihr selber an Zeit zu Ausflügen. Der Mann wurde krank. Zwei Kinder kamen. Sechzig Jahre mußte sie jahraus, jahrein am Waschtisch stehen. Vor früh bis spät — und damals fingen die Waschfrauen noch um 3 Uhr morgens mit der Arbeit an.

Dafür aber hat sie allerlei erlebt. Die erste Eisenbahn in Berlin; den ersten regelmäßigen Omnibus zwischen Potsdamer Bahnhof und Alexanderplatz; die ersten Gaslaternen; die Revolution von 48 und noch einiges mehr. Wenn man dem „Berliner Tageblatt“ glauben darf, war das alles aber noch gar nichts gegen ein anderes Erlebnis. Das Blatt schreibt:

Ihr schönstes Erlebnis aber hatte sie vor zwei Jahren. Sie feierte ihren 100. Geburtstag. Da kam ein Automobil vorfahren. Ein ganz feiner Herr mit blanker Goldmünze kam herauf und brachte die Glückwünsche vom Kaiser. Sie dachte zuerst, es sei der Kaiser selber. So schön war die Uniform. Und so einen Bart hatte der Herr auch. 100 Taler hatte der Kaiser geschickt! Ja, wenn man doch alle Tage hundert Jahre alt würde!

Nicht wahr? Man wird belohnt, wenn man in der kapitalistischen Welt 102 Jahre alt geworden ist und sechzig Jahre am Waschtisch gestanden hat. Es ist kaum zu glauben, daß ruchlose Menschen eine Welt ändern wollen, in der so friedlich das Jbnd des Glückes blüht.

Zum Leichenfund in der Seestraße.

Der Leichenfund in der Seestraße ist jetzt, soweit die Todesursache in Betracht kommt, völlig aufgeklärt. Ein Mord kommt nicht in Frage. Das ärztliche Gutachten geht dahin, daß das Mädchen, das dort auf dem Laubengelände tot aufgefunden wurde, eines natürlichen Todes gestorben ist. Diese Annahme hat sich durch die Obduktion, die von dem Gerichtsarzt Prof. Dr. Strauch in Gegenwart von Vertretern des Gerichts, der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei vorgenommen wurde, bestätigt. Das Mädchen litt an einer Nierenkrankheit und ist unter den Wirkungen dieses Leidens, der Entkräftung und der Hitze gestorben. Die entsetzliche Verwahrlosung des Körpers haben wir geschildert. Eine Frage war aber, ob die Maden, die in einer handtellergroßen Fläche den Schädel dicht bedeckten, schon zu Lebzeiten des Mädchens vorhanden gewesen seien. Man dachte auch daran, daß sie vielleicht aus dem Walleimer, auf den der Kopf ruhte, herausgekommen sein konnten. Das ist aber beides nicht der Fall. Die Maden haben sich erst nach Eintritt des Todes auf der arg verwahrlosten Kopfhaut gebildet. Es handelt sich um Fliegenmaden, die sich nach wissenschaftlichen Beobachtungen und Erfahrungen in unglaublich kurzer Zeit bilden und entwickeln. In diesem Falle haben sie sich in der Zeit vom Mittag bis zur Auffindung der Leiche gegen acht Uhr abends entwickelt. Die Persönlichkeit der Toten hat sich bisher immer noch nicht feststellen lassen. Wie es scheint, hat sie hier gar keine Angehörigen besessen oder aber ist schon lange von diesen weggegangen. Ihr ganzer Zustand läßt darauf schließen, daß sie schon längere Zeit obdachlos gewesen ist.

Neue Opfer des Badens.

Auch heute wird uns wieder über eine Reihe von Badeunfällen mit tödlichem Ausgang berichtet. Nicht weniger als fünf Personen haben beim Baden wieder den Tod gefunden. So ertrank in der Dahme ein unbekannter älterer Mann. Er hatte geglaubt, ohne Schwimmer zu sein, ein Stück ins Wasser hineingehen zu können, doch verlor er plötzlich den Halt unter den Füßen und verschwand in der Tiefe. Die Leiche des Verunglückten konnte man bald darauf bergen. — Auch der Tegeler See hat wieder ein Opfer gefordert. An der Scharfenberger Insel fand der 37 Jahre alte Schuhmacher Johannes Dvorak aus der Müllerstraße den Tod in den Fluten. — Im Wolgensee ertrank beim Baden der achtzehnjährige Kaufmann Fritz Preuß. Der junge Mensch hatte mit einer ganzen Anzahl von Geschäftskollegen im See gebadet, und als man später wieder aufbrach, wurde er vermißt. Er war unternimmt beim Schwimmen untergegangen und ertrunken. — Im Rellener See, der in diesem Sommer bereits zwei Menschenleben gefordert hat, fand der 22 Jahre alte Gärtner Theodor Beckmann aus Lichtberg den Tod beim Schwimmen. Mit einem Freund hatte er ein Ruderboot gemietet und während der Fahrt entleierten sich die beiden und sprangen ins Wasser, um zu Boden. Pflötzlich rief B. laute Hilferufe aus und ging kurz darauf unter. Obwoh ein in der Nähe weilender Offizier sofort Rettungsversuche unternahm, konnte der junge Mensch nur als Leiche geborgen werden. — Schließlich wird noch ein fünfter Unfall mit tödlichem Ausgang vom Mahlsdorfer Gewände gemeldet. Dort ertrank ein junger Mensch, der über seine Kräfte hinaus in das offene Gewässer hinausgeschwommen war.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich gestern auf einem Neubau in Halensee. Dort wollte ein Kutscher mit einem mit Baumaterial beladenen Wagen auf das Grundstück fahren. Er mußte aber absteigen, weil er nicht vorwärts kommen konnte. In der engen Einfahrt stehend, um dem Wagen nachzusehen, zogen die Pferde plötzlich an, dem Kutscher wurde dabei der Brustkorb eingeklemmt und in kurzer Zeit trat der Tod ein.

Logischwindler und Diebe

finden trotz allen Warnungen immer wieder Opfer. In der Niederbarnimstraße wandte ein solcher Gauner einen neuartigen Trick an. Er erzählte der Vermieterin, daß er aus Japan komme und sich jetzt in Berlin niederlassen wolle. Er erklärte sich schließlich auch bereit, für das Zimmer monatlich 30 M. Miete zu zahlen. Als Anzahlung vereinbarte er mit der Wirtin 15 M. Er zeigte ein Zwanzigmarkstück und hat die Frau, daß sie ihm 5 M. darauf herausgäbe. Als die Wirtin nun zwei Dreimarkstücke hinlegte, brach er den Wunsch aus, ein Glas Wasser zu trinken. Während die Frau nun nach der Küche ging, nahm er die sechs Mark und sein Zwanzigmarkstück und machte sich aus dem Staube. Der Schwindler und Dieb ist mittelgroß und schlank, hat volles schwarzes Haar, einen kurz geschweiften Schnurrbart und ein sehr gebrauntes Gesicht und trug ein schwarzes Jackett, eine dunkle, gestreifte Hose und ein weißes, schwarz gestreiftes und punktiertes Oberhemd.

Ein Opfer der Luftbarkeitssteuer.

Die Lichtspiele im Mozartsaal am Kollndorfsplatz, die das erste größere Kinotheater Groß-Berlins waren und vor Einführung der Schöneberger Luftbarkeitssteuer auch sehr gut gingen, sind jetzt ein Opfer dieser Luftbarkeitssteuer und auch wohl der ungünstigen Lage der Kinotheater überhaupt geworden. Infolge der außerordentlich hohen Sätze der Schöneberger Kinosatographensteuer war das Theater gezwungen, beim Magistrat Schöneberg die Stundung der Steuern zu beantragen. Trotzdem ist es dem Theater nicht gelungen, seinen Betrieb wieder gewinnbringend zu gestalten. Ueber das Vermögen der Lichtspiele G. m. b. H. Mozartsaal wurde am 15. d. M. die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt, wegen Mangels an Masse ist jedoch die Eröffnung des Konkurses abgelehnt worden.

Strafenunfall. In der Gerichtstraße fuhr gestern nachmittag der Radfahrer Theophil Jelschorek gegen die linke Seitenwand eines Straßenbahnwagens der Linie 31 und kam zu Fall. Er erlitt eine Kopfverwundung und eine Gehirnerschütterung. Der Verunglückte erhielt auf der nächsten Anfallstation Rotweibände und wurde nach seiner Wohnung gebracht.

Nach dem Fenster geküßt. In dieser von uns gestern veröffentlichten Notiz wird uns von einem Freunde des Verunglückten mitgeteilt, daß Hoffmann nicht angetrunken war. Er hatte die Angelegenheit, sich jeden Abend an das offene Fenster zu legen. Gestern ist er dabei im Schlaf abgestürzt und tödlich verunglückt.

Wagen- und Pferdebeibe waren wieder einmal an der „Arbeit“. In der Montagnacht wurde dem Pferdehändler Balkhaus aus der Reichenerger Straße seine Stallung erbrochen. Die Wände der Stallung waren grünen Schlächterwagen, spannten ein Doppelpommes davor und fuhran mit dem Gespann davon, ohne daß jemand etwas merkte. Der grüne Wagen hat rote Räder und ist ohne Firmenbezeichnung. Das Doppelpommes ist braun und auf dem linken Auge blind. — Von der Straße weggestohlen wurde gestern früh an der



Zentralmarkthalle ein mit einem Fischmarkt bespannter Gemüswagen. Dieser ist gelbgeleitet mit Patentachsen versehen und trägt an dem Seitengelenk die Firmenbezeichnung Karl Brechschmidt, Wilmertstr. 43. Das Pferd ist ein Fischmarkt mit Blasse. Es hat einen langen Schweif, Jahnstiel und Kuhbeine.

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde gestern vormittag die Berliner Feuerwehr nach der Meißendorferstr. 71 in Reinickendorf-Dorf gerufen. Die Feuerwehr entlachte den Automobilzug Nr. 23, der im Verein mit den beiden Wehren von Reinickendorf wirksam löste. Die Berliner Feuerwehr benutzte 3 Schlauchleitungen und eine mechanische Leiter. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken. Die Entstehung des Brandes war noch nicht zu ermitteln.

Gefunden wurde beim Sommerfest des II. Kreises im Garten der Berliner Vordrucker ein schwarzer Damengürtel. Derselbe kann vom Genossen G. Schmidt, Bärwalddstraße 42, abgeholt werden.

**Kleine Nachrichten.** In der Straßenbahn vom Lohse überroht wurde Montagabend kurz vor zehn Uhr eine unbekannte Frau von etwa 50 Jahren. Sie lag in einem Wagen der Linie 64 und fuhr nach dem Potsdamer Platz zu, als es ihr vor dem Hause Bülowsstraße 47 plötzlich so schlecht wurde, daß sie sofort nach der Hilfsstation in der Eichhornstraße gebracht werden mußte. Hier verstarb sie kurz nach der Einlieferung, anscheinend infolge eines Herzschlages. Die Leiche wurde nach dem Schouhause gebracht, wurde, trug einen graugelben Rock, eine weiße Bluse und schwarze Knopfschuhe. Sie hat graues Haar und hatte eine goldene Uhr mit schwarzer Verleiste und eine Handtasche bei sich. Sie trug einen Kranz, der H. L. u. M. A. 10. 8. 87 gezeichnet ist. — Von einem Hitzschlag getroffen wurde wahrscheinlich auch ein unbekannter, etwa 60 Jahre alter Mann, der auf der Straße vor dem Hause Brunnenstraße 90 zusammenbrach. Er ist gleich darauf im Krankenhaus Roabit gestorben. Seiner Kleidung nach handelt es sich um einen Arbeiter. — Den Tod im Wasser suchte und fand Montagabend ein unbekannter Mann von etwa 65 Jahren am Engeliner See. Er sprang dort in den Luisenstädtischen Kanal, konnte aber nur als Leiche geborgen werden. Der Tote ist kaum mittelgroß und schlant, hat graues Haar und einen vollen Schnurrbart und trug einen grauen Jackettanzug, graue Strümpfe, schwarze Schnürschuhe, ein blauweißgestreiftes Hemd mit der Nummer 880 und einen schwarzen, feinen Hut. Bei sich hatte er einen Zettel, auf dem, anscheinend mit eigener Hand geschrieben, die Worte „Wilhelm Mann“ und das Geburtsdatum d. d. 47 stand. Wahrscheinlich handelt es sich um einen Mann dieses Namens, dessen Wohnung sich aber bisher nicht feststellen ließ.

### Vorortnachrichten.

#### Wenn sich jemand über die Polizei beschwert,

dann ist oftmals eine Anklage wegen Widerstandes, Beamtenebeleidigung usw. die Antwort darauf. So erging es auch zwei jungen Leuten aus Neukölln. Diese hatten in angetrunkenem Zustande in einem Hause eine Ungehörigkeit begangen, die auch nicht billigen. Die Folge war ein Strafkel mit Hausbewohnern. Unter diesen scheinen einige überhängliche Gemüter gewesen zu sein, die nach der Polizei riefen. Es kam zur Verhaftung der beiden Lebeltäter. Ueber die Vorgänge hierbei gehen die Aussagen weit auseinander.

Die beiden jungen Leute behaupten, die Polizeibeamten seien fogleich zur Festlegung geschritten und hätten sie hin- und hergezerrt „wie ein Stück Vieh“. Daraufhin erst haben sie Abwehrbewegungen gemacht. Auf der Wache aber sei ihnen über die Wachen abel mitgespielt worden. Man habe sie an Händen und Füßen gefesselt, unter eine Bank geschleudert und mit Häfen bearbeitet. Sie wären infolge der Mißhandlungen kaum noch kenntlich gewesen. Der Polizeipräsident von Neukölln, dem sie vorgestellt wurden, habe sein lebhaftes Bedauern ausgesprochen darüber, daß so etwas vorgekommen sei. Ein ärztliches Attest des Sanitätsrats Dr. Braun stellt blutunterlaufene Stellen und Hautverletzungen fest.

Wegen der ihnen zu teil gewordenen Behandlung hatten die beiden Klage angestrengt. Die Staatsanwaltschaft hat jedoch das Verfahren eingestellt mit der Begründung: „Es ist durch nichts erwiesen, daß die Beschuldigten Sie vorsätzlich und über das zur Bewältigung ihres Widerstandes notwendige Maß mißhandelt haben.“

Der Einstellungsbescheid datiert vom 27. Juni d. J. Am 6. Juli erhielten sie eine Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Hausfriedensbruch und öffentlicher Beleidigung. In der Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht Neukölln stattfand, traten die Polizeibeamten Reidow und Leblatt als Zeugen auf und bekundeten: Die Angeklagten, namentlich Hillner, hätten sich „wie wilde Tiere gebärdet und der Verhaftung den schärfsten Widerstand entgegengesetzt. Daher hätten sie hart angefaßt werden müssen. Leider wurden die Vorgänge auf der Polizeiwache nicht weiter erörtert. Einige Hausbewohner bestätigten im wesentlichen die Aussagen der Beamten. Den Angeklagten standen leider keine Zeugen zur Verfügung. So kam es zur Verurteilung.

Der Amtsanwalt hatte beantragt: für Hillner, als den größten Sünder, 3 Wochen Gefängnis und 100 M. Geldstrafe; für Hillner, der sich ruhiger benommen hatte, 80 M. Geldstrafe.

Das Urteil lautete für den Erstgenannten auf 160 M. Geldstrafe bezw. 40 Tage Haft, für den Zweitgenannten auf 48 M. oder 18 Tage Haft.

#### Neukölln.

Zeugen gesucht. Personen, welche am Freitagabend in der Berliner Straße, Ecke Rainierstraße, den Zusammenstoß zwischen einem Radfahrer und einem Automobils der Linie 4 beobachtet haben, werden gebeten, sich bei Fuchs, Rotbusfahrer Damm 76, v. IV, zu melden.

#### Lichtstrahl.

Endlich genehmigt wurde vom Bezirksausschuß zu Potsdam der Steuererteilungsplan der Gemeinde. Der Bezirksausschuß ging dabei von der Erwägung aus, daß die Verantwortung für den Beschluß, die Gemeindefiskalpläne auf 115 Prozent festzusetzen, die Gemeindevertretung zu tragen habe. Der Gemeindevorsteher Dr. Käth ist also schmachvoll herein gefallen mit seinem Beauftragungsbescheid.

#### Ober-Schöneweide.

Bei der Jagd auf Stare niedergeschossen. Das Opfer eines leichtsinnigen Schützen wurde der dreizehnjährige Sohn des Richters Weber aus der Dorfstraße. Als er ahnungslos durch die Wuhlscheide ging, ertönte plötzlich ein Lechtingschuss und W. brach mit einem Aufschrei zusammen. Wie sich herausstellte, hatte er einen Schuß in den Unterleib bekommen. W. wurde nach dem Königin-Elisabeth-Hospital gebracht, wo er bedenklich daniederliegt. Als Täter kommt ein etwa sechzehnjähriger Bursche in Betracht, der nach Staren geschossen hat.

#### Friedrichshagen.

Ferienausflug. Heute Mittwoch, den 22. Juli: Kaffeepartie der Frauen und Kinder nach dem Müggelschloßchen. Spiele im Walde, Belustigungen für Kinder. Treffpunkt um 2 Uhr nachmittags an der Fähre (Sprigentweg).

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wags, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

### Notiz.

Das erste Bezirksfest, das der 1. Kreis im 8. Bezirk des Arbeiter-Turnerbundes am Sonnabend und Sonntag hier abhielt, hatte sich einer großen Anteilnahme nicht nur von der Arbeiterschaft, sondern auch der übrigen Bevölkerung zu erfreuen. Am Sonnabendabend fand in den Lokalen „Singers Volksgarten“ und „Zur freien Aussicht“ je ein Festkommers statt. Am Sonntagmorgen begannen sich die Teilnehmer nach dem Festplatz, wo bis gegen Mittag Freilübungen, Kärtchen an Geräten, olympische Stafettenläufe und verschiedene Wettkämpfe für Turner und Turnerinnen vorgesetzt wurden. — Nachmittags um 2 Uhr formierten sich die auswärtigen Vereine sowie der hiesige Arbeiter-Turnverein, das Sportfartell und Mitglieder der Gewerkschaften zu einem Festzug, der mit seinen etwa 500 Teilnehmern ein imponierendes Bild bot und sich unter dem klingenden Spiel zweier Musikkorps und der zahlreichen Trommlerkorps durch die mit Girlanden geschmückten Straßen nach dem Festplatz bewegte. Dort nahmen die Turner und Turnerinnen vor der Tribüne Aufstellung, von der aus der Bezirksvertreter Reichert (Spandau) die Festrede hielt. Nachdem noch verschiedene Reden gehalten, begannen nach einigen ergast ausgeführten Freilübungen der 200 Turner und Turnerinnen die verschiedenen Wettkämpfe, die sich bis gegen 8 Uhr abends ausdehnten und sehr anerkanntswerte Leistungen boten. Nach Verlinigung des Wettkampfergebnisses ging es in geschäftigem Zuge unter klingendem Spiel und Trommelwirbel wieder zurück, wo die Teilnehmer bald die drei Festlokale füllten, um nach den Anstrengungen des Tages noch einige frohe Stunden zu verleben.

### Gerichtszeitung.

#### Der vorher bestellte Ueberfall im Tiergarten.

Gegen den früheren Kriminalhauptmann Alfred Vogt, der, wie wir berichteten, am 5. Dezember vorigen Jahres von dem Landgericht II wegen gefährlicher Körperverletzung anlässlich eines fingierten Einbruchdiebstahls in seiner Wohnung zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, hatte gestern die 6. Ferienkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Geh. Justizrats Henry eine ganz ähnliche Anklage zu verhandeln.

Wie noch innerlich sein dürfte, hatte Vogt, der bei der Berliner Kriminalpolizei angestellt war, in der Absicht,

sich in den Ruf eines tüchtigen Beamten zu bringen,

einen in Verbrecherkreisen unter dem Spitznamen „Charles“ bekannten Maler Karl Ponzowka, der ihm selbst Vigilantendienst leistete, veranlaßt, in seiner Wohnung einen Einbruchdiebstahl zu verüben. Ponzowka hatte sich dann mit einem Kontoristen Hesse in Verbindung gesetzt, der dann, ohne zu wissen, daß es sich um einen vorher verabredeten Plan handelte, am 10. September v. J. in die Wohnung des Vogt eindrang, der mit der Pistole in der Hand bereits auf ihn wartete. Vogt gab dann auf den „bestellten Einbrecher“ mehrere Schüsse ab, durch die dieser schwer verletzt wurde. Ponzowka verriet später die ganze Sache und der tüchtige Beamte wurde sofort vom Amt suspendiert. Hesse wurde, da er ja der Meinung war, es handele sich um einen wirklichen Einbruch zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Vogt erhielt zwei Jahre Gefängnis, die er zurzeit verbüßt.

Im Laufe der Ermittlungen stellte es sich heraus, daß Vogt schon einige Zeit vorher, ebenfalls in Gemeinschaft mit Ponzowka, einen Raubausfall im Tiergarten inszeniert hatte, bei welchem sich Vogt hervortun wollte. Wie die Anklage behauptet, veranlaßte Vogt den Ponzowka sich in einer Kneipenne in der Müggelstraße mit zwei Leuten in Verbindung zu setzen, die geneigt seien, ein „Ding zu drehen“ (Verbrechen zu verüben). Ponzowka sollte ihn, Vogt, als einen reichen Homosexuellen bezeichnen, der des Nachts im Tiergarten auf Abenteuer ausging; Vogt wollte dann an einer bestimmten Stelle am Goldschloß spazieren gehen, und hier sollte dann der „Raubausfall“ stattfinden. Ponzowka fand auch zwei Leute, einen Arbeiter Krüger und einen Hausdiener Krieger, die sich bereit erklärten, mitzumachen, nachdem ihnen V. erzählt hatte, es solle „ein reicher Sübber mit Gewalt gemacht werden“, das heißt in der Verbrechersprache, es soll ein reicher, anormal veranlagter Herr mit Gewalt ausgeplündert werden.

Als Ponzowka mit den beiden an dem bereits wartenden Vogt vorübergingen, zog dieser seine Pistole und feuerte nacheinander vier Schüsse ab. Krüger wurde in den linken Oberarm getroffen, während Krieger einen Streifschuß erhielt.

Am nächsten Tage erstattete Vogt dann an seine vorgelegte Behörde einen Bericht, in welchem er behauptete, daß er von dem Kriminalkommissar Heppen den Auftrag erhalten habe, einen berüchtigten Zuhälter Kube zu verhaften. Er habe geglaubt, daß einer der drei Leute Kube sei und habe ihn deshalb bis in den Tiergarten verfolgt. Hier wären plötzlich alle drei über ihn hergefallen, so daß er in der Notwehr von seiner Säuhwaffe Gebrauch gemacht habe. Diesen jetzt von ihm selbst als falsch bezeichneten Bericht änderte Vogt dann später und behauptete, wie auch jetzt vor Gericht folgendes: Vor einem Verbrechertrottel an der Ecke der Müggelstraße und der Schönhauser Straße habe ihm Ponzowka mitgeteilt, Krieger und Krüger hätten die Absicht, im Tiergarten Viebespärgeln zu überfallen. Er sei dann hinterher gegangen und dann tatsächlich angefallen worden. Er sei infolge eines Schusses auf den Boden gestürzt, und als er seine Pistole ziehen wollte, habe sich die Waffe von selbst entladen, so daß er noch drei Schüsse in die Erde abgegeben.

Vor Gericht behauptete der Zeuge Ponzowka, daß er von dem Angeklagten, der sehr ehrgeizig sei, den Auftrag erhalten habe, den Ueberfall zu inszenieren. Er behauptete sogar, daß er dem Angeklagten kurz vorher mit einem Hauschlüssel das Gewicht zertrug und ihm habe die Waffe gereicht müssen. — Vom Rechtsanwalt Dr. Werthauer war als Verteidiger des Angeklagten eine Anzahl Zeugen gestellt worden, durch welche die völlige Un glaubwürdigkeit des Zeugen Ponzowka bewiesen werden sollte. So bekundete u. a. ein Zeuge Luchschat, daß V. unter völlig ans der Luft gegriffenen Angaben über einen angeblichen Nord-Expansionsversuch an ihm verübt habe. — Auf Antrag des Verteidigers beschloß das Gericht, den Zeugen Ponzowka unbeeidigt zu lassen, der, wenn seine Angaben richtig sind, der Mittäterhaft sich schuldig gemacht habe.

Nach längerer Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt eine Zufahrtstrafe von drei Monaten Gefängnis gegen den Angeklagten. Der Verteidiger hielt die Freisprechung für geboten.

Das Gericht kam nach kurzer Beratung zu einer Freisprechung des Angeklagten mit der Begründung, daß der Angeklagte mit der Möglichkeit eines Ueberfalls habe rechnen können und vielleicht gesaght habe, in der Notwehr zu handeln. Auch von einer Fahrlässigkeit könne nicht die Rede sein, da er in der Situation, in der er sich befand, berechtigt gewesen sei, die Waffe schußbereit zu halten.

#### Angestellte Polizeibehörde.

Die Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten zu Königsberg vom 19. Juni 1912, die die Schließung der Wirtschaften und Schankstätten zur Nachtzeit betrifft, bestimmt im § 2: Sämtliche Dekkulationen müssen, in den Städten in gleicher Weise wie auf dem flachen Lande, von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens für den öffentlichen Verkehr geschlossen werden.

Der Galtwitzer Stenual in Bartenstein war wegen Uebertretung dieser Vorschrift zu einer Geldstrafe von der Strafkammer verurteilt worden. Das Kammergericht hob die Verurteilung auf, soweit die Vorschrift der Polizeiverordnung vom 19. Juni 1912 in

Betracht kam, wo noch die Dekkulationen von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens für jeden öffentlichen Verkehr geschlossen sein sollen. Sie sei ungültig, weil sie ein Geschloßsein für den ganzen öffentlichen Verkehr und nicht bloß für den öffentlichen Geschäftsverkehr vorschreibe. Das gebe zu weit. Es könne nicht dem Wirt verwehrt werden, Freunde zu empfangen und ihnen eine Tasse Kaffee vorzusetzen, oder sich sonst mit ihnen zu unterhalten. Da die Vorschrift ungültig sei, müsse der Angeklagte von der Anklage ihrer Uebertretung freigesprochen werden.

### Versammlungen.

#### Schifferinteressen und Schifferschulen.

Gleich allem Kleingewerbe wird auch die Kleinschiffahrt ständig durch das Großkapital verdrängt. Der Schiffseigner wird proletarisiert, mit den Boots- und Steuerleuten allmählich auf gleiche Stufe gedrückt. Darum muß jetzt auch der kleine Schiffseigner Interesse an nicht zu niedrigen Löhnen und kürzerer Arbeitszeit haben; denn das Damoclesschwert der Auffassung durch die großen Schiffahrtsgesellschaften bleibt ständig über ihm hangen. Dies alles zwingt die Schiffer gemeinsam mit ihren Angestellten zu handeln, gemeinsam nach nachdrücklicher Sozialreform zu drängen. So wichtig diese ist, so dürfen daneben die anderen brennenden Fragen nicht in den Hintergrund rücken. Und eine dieser heißen Angelegenheiten ist die Frage der Schifferschulen. Es war daher zu begrüßen, daß sich am letzten Sonntag eine den gegebenen Verhältnissen entsprechende ganz gut besuchte Versammlung mit diesem Thema beschäftigte. Joachim Klüh erledigte die ihm gestellte Aufgabe als Redner mit großem Sachkenntnis.

Bekanntlich müssen die Schiffer ihre an Bord befindlichen Kinder, sobald sie an einem Orte 72 Stunden liegen, in die Schule senden. Da ist natürlich von einem geregelten Unterricht nicht die Rede. Kaum ein paar Tage, und dann wird der Schulbesuch wieder auf eisige Zeit unterbrochen. Es bestehen nun an einigen Orten auch Schifferschulen; doch tritt auch hier, so wie beim Volksschulbesuch, die leidige Unterbrechung des Unterrichts ein. Außerdem steht in diesen Schifferschulen als erster Programmpunkt: Religion! Nicht Rechnen, Schreiben, Lesen! Und solches nach Vorschrift der Regierung. Die Gründe sind durchsichtig. Nicht zufriedener und billigerwilliger Arbeiter ist das Ziel.

Die Kinder der Schiffer werden aber auch dem gesellschaftlichen Verkehr entzogen, und das ist eine Verurteilung an diesen. Es ist erklärlich, daß ein Kind, das Jahr für Jahr an Bord ist, anderen Umgang mit Gleichaltrigen nicht kennt, auch geistig zurückbleibt. Die geistige Anregung der anderen Kinder fehlt und somit auch eine Steigerung der Intelligenz.

Noch eine Frage muß den Schiffer bewegen. Werden seine Kinder auch wieder Schiffer? Diese Möglichkeit liegt nach dem oben Gesagten absolut nicht nah. Vielmehr findet sich heute schon ein großer Teil, der in allen anderen Berufen, nur nicht in dem ihrer Eltern, Unterkunft sucht und findet. Rochten die Lebenskenntnisse für den Schifferberuf ausreichen, für den Lebenskampf außerhalb reichen sie nimmer. Darum heißt es auch für die Schifferseigner: Hinein mit euren Kindern in die allgemeinen Schulen! Viele mögen sagen, es ginge nicht, denn sie mühten ihre Familien an Bord haben. Demen sei erwidert, daß ja die Boots- und Steuerleute auch Frau und Kinder haben, die in der Heimat bleiben müssen, deren Kinder die dortigen Schulen besuchen. Diese seien auf alle anderen Arbeiter hingewiesen, die unter ähnlichen Lebensbedingungen zu kämpfen zu haben. Klüh ging dann noch ein auf unsere alte Programmpunkt: Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und Speisung der Kinder in den Schulen. Nach ihm sprachen dann noch Schwedler und Felsch, die gleichfalls ungeteilte Aufmerksamkeit und Zustimmung fanden. Mit dem Willen, unser sozialdemokratisches Schulprogramm in die Tat umzusetzen, gingen die Versammelten auseinander.

### Briefkasten der Expedition.

Patenten in Deutsches, Buch und anderen Heilkräften. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilkräften bleiben, wollen ihrem bisherigen Expeditur wegen der Uebereinstimmung von Preisen sofort ihre genaue Adresse (Abteilung, Postkasten usw.) einschicken, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

**Wöchentliche Marktberichte der Reichlichen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen.** (Ohne Verbindlichkeit.)  
Dienstag, den 21. Juli. Fleisch: Rindfleisch per 50 kg Netz: Ostpreussisch 11-13, do. 11a 68-70, do. 11b 58-67; Süddeutsche 1a 68-78, do. 11a 63-67; Kühe, je 42-55, da. magere 33-44, Freiler 55-62, do. dan. 48-58; Pöllen, dan. 45-60. Kalbfleisch: Doppelsender 105-130; Rindfleisch 1a 85-95, do. 11a 72-82; Küber ger. gen. 42-55. Hammelfleisch: Rindfleisch 88-93; Hammel 1a 77-87, do. 11a 69-76, do. austral. —; Schafe 74-80. Schweinefleisch 51-56. Eier: Landeier Schod 3.50-3.90; Trümler 4.00-4.20. Butter: Wollereibutter der 50 kg 90-105; Landbutter 80-90. Gemüse, inländisches: Kartoffeln, neue meißel Magdeburger 4.75-5.25, blaue do. 5.00-5.50, weiße Kaiserkrone 4.00-4.50, Rosen 4.75-5.25; Porree Schod 0.90-1.00; Spinat 50 kg 8.00-12.00; Schoten 8.00-12.00; Mohrrüben Schodbund 0.90-1.00; Bohnen 50 kg 4.00-8.00; Champignon 50 kg 30.00-35.00; Rotkraut Schod 0.70-0.90; Birnstroh Schod 3.00-5.00; Weizstroh Schod 3.00-5.00; Rotkohl, Schod 3.00-7.00; Namentofel, Gerstler 100 Stück 4.00-15.00; Meerrettich Schod 3.50-12.00; Petersilienwurzel Schodbund 1.00-3.00; Radieschen Schodbund 0.70-1.00; Salat Schod 1.00-2.00; Zwiebeln, 50 kg 8.00-10.00; Tomaten 50 kg 10-15; Pfefferlinge 20.00-30.00; Süßbohnen 50 kg 10.00-12.00, ausländisches, Tomaten, italienische, 50 kg 4-8; do. französische 8.00-12.00; Namentofel, holländischer 1a 100 Stück 10.00-25.00, Zwiebeln, spanische 50 kg 15.00-18.00, do. ital. 7.00-8.00, do. ungarische 6.00-8.00; Gurken, holl. 100 Stück 5.00-12.00, do. ungarische, Sud (zirka 8 Schod) 1.00-2.00. Obst u. Süßfrüchte: Birchen 50 kg Glas 12.00-18.00, hure 12.00-17.00, Thüringer 13.00-14.00, inländische 5.00-14.00, Werberide 14.00-16.00, da. Knupper 15.00-24.00, da. Ratten 25.00-35.00; Kirschen, ital. 50 kg 16.00-20.00; ungarische 16.00-20.00; Birnen, italienische 50 kg 16.00-20.00, da. Coscia 24.00-30.00, französische 10.00-16.00; Äpfel Russtaler 12.00-20.00; Heife 14.00-15.00; Erdbeeren, Hamburger 0.00-0.00; Stachelbeeren, reife, Heife 3.00-6.00; Himbeeren, 50 kg 26.00-30.00, Weh- 25.00-26.00; Johannisbeeren, Heife 50 kg 11.00-14.00; Blaubeeren 50 kg 10.00-20.00; Pfirsichen, ital. 24.00-28.00, franz. 10.00-28.00, ungarische 5.00-12.00; Äpfel, ital. 15.00-30.00, franz. 15.00-50.00; Pflaumen, ital. 12.00-25.00; Weintauben, italienische Bizzago 50 kg 25.00-30.00, Äpfel 25.00-30.00; Bananen, Jamaica 50 kg 14.00-16.00, Jamaica 50 kg 14.00-17.00; Erdnüsse 50 kg 28.00-30.00; Walnüsse, grüne 50 kg 12.00; Zitronen, Messina 500 St. 8.00-12.00, 300 Stück 8.00-18.00, Messina 360 Stück 6.00-14.00, Messina 150 Stück 6.00-10.00.

#### Wetterungsbericht vom 21. Juli 1914.

Stationen	Barometer hoh m m	Wind- richtung	Wetter	Stationen	Barometer hoh m m	Wind- richtung	Wetter		
Spinnende	758	SD	Spollent	24	Saparanda	757	RD	6molty	11
Hamburg	757	SD	Spollent	22	Beiersburg	757	SD	1molten	12
Berlin	757	SD	Spollent	25	Cella	756	D	2molten	17
Frankf. a. M.	756	SD	Spollent	20	Aberdeen	757	SD	1molten	15
München	756	S	1heiter	20	Paris	756	SD	1bedest	16
Wien	757	SD	1molten	21					

**Wetterprognose für Mittwoch, den 22. Juli 1914.**  
Vormittag heiter und sehr warm bei meist schwachen südlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken. Berliner Wetterbureau.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstagmorgen:** Noch überwiegend heiter und allgemein sehr warm. Im Westen und Süden jedoch vorwiegende Zunahme der Bewölkung und örtliche Gewitter.